

Danziger Zeitung.



No 9630.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petit-zeile oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Anzeigenanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 10. März. Wie der „Agence Havas“ aus Ragusa von slawischer Seite gemeldet wird, wären die Türken am letzten Montag in Metzowizza von den Insurgents angegriffen und geschlagen worden. Der Verlust derselben wird auf ca. 1000 Tote und viele Verwundete angegeben.

Bukarest, 10. März. Die Deputirtenkammer hat mit großer Majorität das Finanzproject der Minorität des Ausschusses, welches der Regierung nur eine provisorische Anleihe von zwölf Millionen bewilligen wollte, abgelehnt.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 10. März.

Von dem Minister des Innern ist dem Hause der Entwurf einer Städteordnung für den Geltungsbereich der Kreisordnung zugegangen.

Beratung des Staats des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten.

Zu Tit. 4 nimmt das Wort Abg. Eberty: Das Haus hat bereits dreimal auf meinen Antrag befchlossen, die Regierung aufzufordern, die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz dahin zu reformieren, 1) daß keine neue Anwartschaft ertheilt und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werde, 2) daß die Einkünfte der genannten Stifter fortan ausschließlich zu kirchlichen und Unterrichtszwecken verwendet werden, — und in Consequenz dieser Beschlüsse sodann im vorigen Jahre den ferneren Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, die Staats der genannten Domkapitel für 1875, insbesondere den Nachweis der Bründenhaber und der Veränderung in der Zahl derselben seit dem Jahre 1866 dem Landtag noch in dieser Session vorzulegen. Der Abg. Schumann hat in derselben Sitzung den Antrag noch in Bezug auf das Domkapitel und Domstift Brandenburg specialisiert. Auch sein Antrag wurde vom Hause angenommen. Auf meine neuendrings an die Regierung gerichtete Anfrage erfolgte die Antwort, daß sie gerade jetzt mit der Reorganisation der sächsischen Domstifter beschäftigt sei, und daß sie jedenfalls noch im Laufe dieser Session den Abgeordnetenhaus Mittheilungen über diese Angelegenheit zu machen im Stande sein werde. Nachdem die Mittheilungen erfolgt sein werden, wird das Haus in der Lage sein, zu prüfen, in wie weit seine Beschlüsse zur Ausführung gebracht werden sind.

Abg. Schumann: Wie der Abg. Eberty so eben anführte, hat das Haus im vorigen Jahre den Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, die Aufhebung des Domstifts Brandenburg herbeizuführen und die reichen Mittel derselben für Kirchen und Schulzwecke zu verwenden. Das früheres Kirchengut nur zu Sinecuren verwandt wird, während die Staatsklassen jährlich für Kirchenzwecke mehr belastet wird, kann heute weder im Hause noch sonst im Lande eine Vertheidigung finden. Gestern ist uns nun auf unseren vorjährigen Beschluß geantwortet worden, daß die sächsischen Stifter zwar bestätigt, das Brandenburger Stift aber conservirt werden soll, und dieser Antwort kann ich noch die Mittheilung hinzufügen, daß bereits ein neuer Domherr von Brandenburg wieder ernannt ist (Hört! links), das ist der Dr. v. Quast, der bekannte Conservator der Alterthümer (Große Heiterkeit). Ob es nun gerade die leitere Eigenschaft des Herrn gewesen ist (Heiterkeit), die ihn als eine schäzenwerthe Acquisition für das bedrohte Domstift erscheinen ließ, kann ich nicht sagen; aber ich tröste mich damit, daß schon manche mittelalterliche Rechte trotz des Conservators bestigt worden sind. (Sehr wahr! links.) Wie z. B. die alte Gerichtsprobe in Berlin neben das neue Rathaus nicht mehr passte und daher bestigt wurde, so verlangen wir auch eine Abschaffung bez. zeitgemäße Renovation dieser für Staat und Kirche nicht mehr passenden Einrichtung. Man könnte z. B. den evangelischen Oberkirchenrat nach dem Domstift von Brandenburg verlegen und durch Überweisung der dortigen Mittel an denselben die Staatskasse um diesen Betrag erheblich erleichtern. Das übrigens dieselbe Renovation stattemäßig durchaus zulässig wäre, geht aus der Stiftungsurkunde dieses Instituts hervor. Da heißt es: „Im Uebrigen behalten Wir Uns und Unser Nachfolgern in der Regierung ausdrücklich vor, die Organisation des Domstifts zu Brandenburg durch Erweiterung oder Beschränkung oder gänzliche Aufhebung der gegenwärtig ertheilten Bestimmung angemessene Änderungen zu unterwerfen.“ (Hört! Hört!) Das der kirchliche Charakter dieses Stifts äußerlich noch immer gewahrt bleibt, werden Sie aus Art. IX und X dieser Urkunde entnehmen. Dort heißt es: „Desgleichen soll die herkömmliche Ordenstracht, bestehend in einem damastenen Chorrock von violetter Farbe für den Domdechanten und von schwarzer Farbe für die Domherren nebst einem Barett von beziehungsweise violettem und rothem Sammet, von den weltlichen Mitgliedern des Domkapitels bei Einführung eines neuen Dechanten oder Domherrn, sowie bei sonstigen feierlichen Gelegenheiten getragen werden können“ (Heiterkeit); und hierauf folgen die bei der Einführung eines neuen Mitgliedes zu beobachtenden kirchlichen Feierlichkeiten. Nun entsprechen aber solche kirchlichen Feierlichkeiten bei einer Körperschaft, die absolut weiter keinen Zweck hat, als das Geld dieser Stiftung unter sich zu theilen, weder der Würde der Kirche noch dem stiftlichen Gefühl des Volkes. (Sehr wahr!) Wenn auch bisher Niemand den jetzt bestehenden Zustand des Domstifts rechtfertigte, so hat man doch wahre Schalen des Grimes über mein schuldiges Haupt ausgegossen (Heiterkeit) bezüglich einer beiläufigen Bewertung über die mit dem Domstift Brandenburg in gewisser Verbindung stehende Ritterakademie derselbst. Eine Broschüre, die sich nicht nur mit meinen Neuerungen, sondern auch mit meiner Person beschäftigte, ist Ihnen im vorigen Jahre zugegangen, wonach mein Geist von einem Nebel nachgebeter Phrasen umhüllt sei. (Heiterkeit) Das ist noch eine der liebenswürdigsten Bemerkungen darin. (Heiterkeit) Wer diese Broschüre gelesen hat, wird angeben, daß ich daran schlechterdings nicht antworten kann. (Zustimmung). Ich habe damals das Missverhältnis zwischen den Böglingen eines adligen Alumnat und ihren bürgerlichen Mitschülern adlig vergeblich. Nach dem letzten Programm zählt diese Anstalt 45 adlige Alumnat und einen bürgerlichen. Ich habe mir erlaubt, das ein adliges Alumnat zu neuem (Heiterkeit) und diese auf Standesabsonderung basirende

Jugenderziehung als verwerflich bezeichnet. (Sehr gut!) Diese Anstalten und die Domstifter werden mit so manchen anderen Resten sündlicher Herrlichkeit über kurz oder lang fallen; denn sie haben keinen Raum mehr in der neuen Zeit. (Beifall links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Ich möchte in Bezug auf das Domstift Brandenburg bemerken, daß es eine konstituirte Körperschaft bildet, die ohne Willen würde ja gar nicht zu uns gehören, sondern die Reihen des Abg. v. Denzin verstärken. In dem Augenblick, wo Sie sich unter uns vertheilen, werden Sie in den einzelnen Parteien des Hauses diejenige Rücksicht finden, welche man neu eingetretenen Mitgliedern so gern zollt. Dann haben wir in unserem Vaterlande nur noch politische Parteien, deren höchstes Ziel das Vaterland ist, und brauchen diesen traurigen Kampf nicht weiter zu führen. Der Abg. Windthorst hat anklagend an den Abg. Hönel behauptet, daß durch die Synodalordnung die Parität verletzt werde. Ich stimme dem Abg. Windthorst vollständig darin überein, daß der Staat die heilige Pflicht hat, die gleichen Garantien allen kirchlichen Corporationen gegenüber zu gewähren. Wenn der Abg. Windthorst uns nachweisen kann, daß es an irgend einem Punkte nicht geschieht, so bin ich überzeugt, daß das ganze Hans auf seiner Seite steht. (Lachen im Centrum.) Sie lachen. Statt deßen sollten Sie lieber die speziellen Punkte nennen. Der Abg. Reichensperger hat sich neulich die Mühe gegeben; von dem, was er gesagt hat, soll uns nichts in der Commission über diesen Gesetzentwurf entgehen und wenn ein Wort davon begründet ist, so wird ihm Gerechtigkeit widerfahren. (Widerspruch im Centrum.) Ich bedaure, daß Sie einen so geringen Begriff von dem Pflichtgefühl eines jeden Abgeordneten, Gerechtigkeit allen kirchlichen Corporationen gegenüber zu üben. Es wundert mich das zweitlich nicht. Sie sind ein halbes Jahrhundert so sehr verzogen (Lachen und Widerspruch im Centrum), daß Sie von einer gleichartigen Behandlung keine Vorstellung mehr haben. Der Abg. Windthorst fragt über den Mangel an Parität und beschwert sich dabei über die Bestimmung der Synodalordnung, durch welche fit die kirchliche Gesetzgebung das Placet eingeführt ist, d. h. Herr Windthorst beschwert sich darüber, daß die evangelische Kirche sich in größerer Unfreiheit befindet als die katholische. Ich glaube nun kaum, daß er diese Ungleichheit beseitigen will dadurch, daß die katholische Kirche nun ebenso wie die evangelische behandelt würde. Ich würde mich sehr freuen, wenn er diese Abhöft hätte, ich glaube es würde ein vor trefflicher Zustand werden, wenn z. B. die katholischen Bischöfe Deutschlands zusammenfänden, etwa mit Delegation u. der Laienbevölkerung ihrer Bistümer, und gemeinsam die Gesetze für den deutschen Theil der katholischen Kirche berieten und wenn dann der Cultusminister als Staatsminister oder das Gesamtministerium des Staates auch hier die Verpflichtung hätte, zu untersuchen, ob diese Gesetze des Landes widersprechen, und wenn dies der Fall ist, sie überhaupt nicht zur Publication gelangen zu lassen. Wenn wir diesen Zustand erreichten, dann hätten wir die wahrhafte Parität und friedensbringende Unterordnung der kirchlichen Corporationen unter das Gesetz des Staates. (Widerspruch im Centrum.) Eine Unterordnung, die keinen Menschen in seiner Freiheit hindert, keinen in der Leibung seines Glaubens, keinen darin, daß er das thut, wozu die Religion in der Welt überhaupt da ist: für unser Herz und unser Gewissen, nicht aber, damit irgend ein Stand auf Grund und unter den Normen der Religion sich eine sonderbare Herrschaft in dem weltlichen Staaten gründe. Abg. Windthorst braucht aber nicht zu befjagen, daß das Placet auch auf die Gesetze seiner Kirche angewendet werde, denn die kirchlichen Gesetze, die er hier zu befolgen hat, werden nicht von deutschen Bischöfen gemacht, sondern vorzugsweise von den fremden, den italienischen, den afrikanischen, den südamerikanischen, den armenischen zt., von den Kostgängern des Papstes, den drei- oder vierhundert, welche die Concilsbeschlüsse faßten. Einer der Gefandten des Deutschen Reichs hat gegen Rom damals, als das Concil tagte, eine europäische Staatenvertretung mit Vertretern vorgeschlagen, aber der Reichskanzler hat seinen klaren politischen Blick bewiesen, indem er diesen Vorschlag ablehnte mit dem Hinweis, daß wir unsere Rechte überhaupt nicht vertreten könnten, daß aber der constitutionale Staat stark genug sei, mit seiner Gesetzgebung einen etwaigen Eingriff von kirchlicher Seite zurückzuweisen. Wir können der katholischen Kirche gegenüber nichts weiter thun, als mit dem alten Placet eine Prohibitionszollschranke gegen das Ausland aufzurichten. Die kirchlichen Gesetze, die vom Auslande kommen, werden an der deutschen Grenze aufgehalten und bedürfen, ehe sie in Deutschland publicirt werden, der Zustimmung der Staatsregierung. Dies ist der Zustand, wie er bekanntlich in Süddeutschland herrscht. Die Entherrschung des Oberkirchenrats als Abtheilung des Cultusministeriums war der erste Schritt zur Entlastung des letzteren, dann folgte die Herausversetzung der katholischen Abtheilung und mit der Einführung der Synodalordnung wird die Parität in noch stärkerer Weise durchgeführt, wie früher. Der Abg. Windthorst hat begonnen und geschlossen mit einem Aufruf an den Patriotismus, indem er eine theuere Grinnerung in uns erwarte. Ja, der Abgeordnete sei überzeugt: unsere Gedanken gehen aus der Tiefe des Patriotismus hervor, und das Vorblatt der Königin Luise, der das Herz brach über die Fremdenherrschaft, mahnt uns an die Pflicht, daß wir alle unsere Kräfte ausspielen müssen, damit in diesem neuen deutschen Staate auch in kirchlicher Beziehung die Fremdenherrschaft nicht etabliert werde. (Beifall links. Zischen rechts.)

Cultusminister Falk: Es ist mir sehr einleuchtend daß der Vorredner die Ausführungen des Abg. Hönel für sich in Anspruch nimmt, er ist aber völlig im Irrthum, wenn er mich durch jene Rede für geschlagen ansieht, weil ich nicht daran antwortete. Ich habe diese Antwort bereits bei der Interpellation des Abg. Birchow gegeben, der im Wesentlichen ganz denselben Standpunkt einnahm. Ich habe damals erklärt, daß es sich bei Schaffung der General-Synodal-Ordnung nicht um eine Stärkung des landesherrlichen Kirchenregiments, sondern in Gegenheit um eine Beschränkung seiner Machtlenkerungen handele. Sodann wird auch die gegenwärtige zwiespältige Stellung des Cultusministers in Angelegenheiten der evangelischen Kirche durch die General-Synodal-Ordnung wesentlich gelöst; es wird ihm der Stempel des Staatsministers in diesen Dingen viel deutlicher ausgeprägt als das jetzt der Fall ist. Der Cultusminister wird darnach in der That nichts anderes sein als ein Justizminister. Der Vorredner hat seinen Wunsch, diese Kämpfe beendet zu sehen, wieder betont und gewünscht, wir möchten uns doch alle als Kinder desselben Vaterlandes fühlen. Wenn er doch aus diesem Wunsche eine einzige Consequenz ziehen wollte, nämlich die, daß es Pflicht jedes Kindes des Vaterlandes ist, die Gesetze des Vaterlandes zu befolgen. (Sehr wahr! links.) Wenn diese Consequenz gezogen ist, aber nicht eher, wird der Friede da sein, den wir alle wünschen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Wehrenpennig: Ich bin dem Cultusminister für die letzten Worte, die er soeben gesprochen hat, sehr dankbar. Acht Monate lang gingen durch das Land eigenthümliche Gerüchte von Compromissen, die man sich auf ganz anderer Basis gegründet dachte, als auf der des Geborams gegen die Landesgesetze. Den Ursprung dieser Gerüchte scheint bei der Presse des Centrums zu suchen zu sein. (Widerspruch im Centrum.) Das Verhalten der Centrumspartei im Reichstag und außerhalb auch im Landtag — jetzt fängt es an, sich ein wenig zu ändern — gleicht einem beginnenden Rückzuge. (Abg. Windthorst (Meppen): Wir sind nicht auf dem Rückzuge!) In früheren Jahren begannen Sie die Verhandlungen mit Anträgen wie „Aufhebung der Magdege“ oder etwas Ähnlichem. Sie haben sich wohl gebüttet, diesen Antrag jetzt wieder einzubringen. (Rufen im Centrum: Kommt noch!) So? das freut mich. (Hei-

terkeit.) Die Herren vom Centrum hätten es sehr leicht, den Frieden herzustellen. Die größte Schwierigkeit ist noch meiner Ansicht die Organisation einer politischen Partei zur Verfolgung kirchlicher Zwecke. Haben Sie die Güte, vertheilen Sie sich unter die übrigen Fraktionen (Heiterkeit) — es ist das ein durchaus uneigenmäßiger Wunsch, denn die größte Mehrzahl von Ihnen würde ja gar nicht zu uns gehören, sondern die Reihen des Abg. v. Denzin verstärken. In dem Augenblick, wo Sie sich unter uns vertheilen, werden Sie in den einzelnen Parteien des Hauses diejenige Rücksicht finden, welche man neu eingetretenen Mitgliedern so gern zollt. Dann haben wir in unserem Vaterlande nur noch politische Parteien, deren höchstes Ziel das Vaterland ist, und brauchen diesen traurigen Kampf nicht weiter zu führen. Der Abg. Windthorst hat an

behauptet, daß er nicht genügend unterrichtet wird. Das ist der Fehler in der Organisation des Ministeriums, daß wir nicht vertreten und somit vollständig von dem Dreieck unseres Monarchen abgeschlossen sind und unsere Meinung nicht zur Geltung bringen können (Widerspruch links). Oder glauben Sie vielleicht, daß unter den Zeitungs-Ausschüssen, welche dem Könige vorgelegt werden, sich unsere Klagen befinden werden? Ich bin weit entfernt davon, den Cultusminister zu verleben, aber ich frage blos, ob ein Mann, der sich fortwährend in der Hitze des Culturmärkte befindet, wirklich im Stande ist, unparteiisch vorzugehen? Dann müßte er ein übernatürlicher Mensch sein, und das, glaube ich, ist er nicht (Heiterkeit). Ich verlange deshalb einen Vertreter für uns, der sich dem Monarchen nähern und auch unsere Meinung zur Geltung bringen kann; wollen Sie aber hierauf nicht eingehen, so thun Sie das, was ich Ihnen so oft vorgeschlagen habe, trennen Sie die Kirche völlig vom Staate. Ich wiederhole, daß ich mich durchaus nicht in die Gelegenheiten der evangelischen Kirche mischen will, ich habe die Synodalordnung nur mit Bezug auf ihre Auswirkung auf andere Religionsgesellschaften rein formell herangezogen. Abg. Wehrenpennig hat auf unsere Stellung im Reichstag hingewiesen, die durchaus nicht mehr eine so widerstreitige gewesen, wie früher. Nun gab es aber im Reichstag gar keine eigentlich kirchpolitische Verhandlung, und das einzige Gesetz, dem wir gegenüber Position zu nehmen hatten, war die Strafgesetzwelle; nun hat aber die liberale Partei mit einem gewissen Junktum gemerkt, daß diese Bestimmungen auch einmal gegen sie angewendet werden könnten und sie hat deshalb gegen die Novelle Front gemacht. Wir hätten doch außerlich einfaßlich sein müssen, wenn wir Sie von dieser Stellung hätten abbringen wollen. Wenn sich zwei streiten, die beide meine Feinde sind, so störe ich sie nicht (Heiterkeit); das Resultat war ja auch, daß die Strafgesetzwelle in Scherben ging, wie sie es nicht anders verdiente. Ich sage der liberalen Partei hierfür noch meinen Dank. Sie sehen, daß aus diesem Vorgehen durchaus keine Abspannung unserer Partei zu deduciren ist, sondern daß dasselbe nur das Resultat einer Überlegung des einfachen, hausbadischen Verstandes war. Abg. Wehrenpennig hat weiter gemeint, daß mit Einführung der Synodalordnung der Cultusminister losgelöst werden würde von der Kirche; aber so lange er noch den Oberkirchenrat und die Consistorien beherrscht mit seinem ungeheuren Heerbaum, der heute hier erschien, ist (Heiterkeit), wird dies nicht geschehen können. Ich schließe mit den Worten: es ist keine Lösung und keine andere Wahl möglich als Trennung von Staat und Kirche. (Beifall im Centrum.)

Cultusminister Falk: Wenn von dem Abg. Windthorst behauptet worden ist, der König erhalte keine Kenntnis von den Vorgängen, so sage ich, die Behauptung ist unrichtig. Es sind die Wege, welche dem Könige offen stehen, im höchsten Grade mannigfaltig, ich erwähne nur, daß außer den Vorträgen der Ministermonat eingehende Berichte von Seiten der Oberpräsidenten erfasst werden, welche nicht durch die Hände des Minister gehen und häufig Bedenken vorbringen, die uns durchaus nicht angenehm sind. Aber wenn von seinen Unterthanen steht denn nicht auch direct der Weg zum König offen? Wird doch der König täglich mit Hunderten von Immediatgesuchen überhäuft. Was meinen großen Heerbaum anläßt, so ist es leider eine Parteidität des Centrums, die allgeringsten Gelegenheiten zu benutzen, um mit den aller verschiedensten Klagen die Regierung in Verlegenheit zu setzen, und vor Allem besteht Abg. Windthorst das Talent, uns zu überfallen wie Zischen aus dem Buch (Große Heiterkeit). Ich habe aber durchaus keine Lust, mich überfallen zu lassen, und da mein Gedächtnis und meine Kenntnis nicht ausreichen, alle Umstände bis in's kleinste Detail zu wissen, so muß ich natürlich meine Räthe haben.

Abg. Miquel: Parität in Preußen kann doch nicht eine einfache mechanische Gleichbehandlung bedeuten, sondern eine Behandlung mit Berücksichtigung der Eigenartigkeiten und der Individualitäten in der historischen Entwicklung, aber mit gleichem Wohlwollen von Seiten des Staates und ohne Einmischung in die inneren Constitutionen der Kirchen. Die evang. Kirche thut jetzt mit der Synodal-Ordnung den ersten Schritt, sich von der Verbindung mit dem Staate loszulösen und sich eine Selbstvertretung zu schaffen. Dadurch wird das Verhältnis des Cultusministers zu ihr ein ganz anderes. Wöhrend er bisher als Vertreter des Kirchenregiments dastand, wird er jetzt der evangelischen Kirche gegenüber die selbe Stellung einnehmen wie der katholischen Kirche gegenüber, d. h. die eines wirklichen Justizministers. Seine Thätigkeit wird eine wesentlich kontrollirende und der Oberkirchenrat und die Consistorien keine Reichen zu dem Resultat, daß derselbe durch die jetzige Organisation gestärkt werde. An diesem Ergebnis halte ich aller Einwendungen ungeachtet fest aus demselben Grunde, aus dem ich die constitutionelle Verfassung für eine größere Stärkung der königlichen Macht halte, als das absolute Regiment. Ich habe bedauert, daß die Anerkennungen des Abg. Windthorst eine so scharfe Entgegung gefunden haben. Wenn das Centrum sich wirklich auf den Standpunkt der Parität stellen will, dann wird eine Verständigung möglich sein. Es ist ein absoluter Widerspruch, die Parität der Kirchen vom Staate und zugleich eine besondere Stellung jeder Kirche zum Staate zu verlangen. Die Herren beklagen, daß sie durch die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium die Organe verlustig gegangen sind, ihre Wünsche beim Throne vorzubringen. Wie können sie von Standpunkte der Parität eine solche Klage erheben? Wenn jede andere Religionsgesellschaft ein Gleiches verlangt, wäre das durchführbar im Staate? Der schwerste Einwand des Abg. Windthorst ist der,

Abg. Hönel: Es wird dem Abg. Miquel schwer werden, auch die scharfstmöglichen Mitglieder des Hauses davon zu überzeugen, daß durch den Summepistofat die Stellung der Kirche zum Staate eine klare geworden sei. Ich kam bei der Beratung der Synodalordnung in meiner historischen Deduction über den Summepistofat zu dem Resultat, daß derselbe durch die jetzige Organisation gestärkt werde. An diesem Ergebnis halte ich aller Einwendungen ungeachtet fest aus demselben Grunde, aus dem ich die constitutionelle Verfassung für eine größere Stärkung der königlichen Macht halte, als das absolute Regiment. Ich habe bedauert, daß die Anerkennungen des Abg. Windthorst eine so scharfe Entgegung gefunden haben. Wenn das Centrum sich wirklich auf den Standpunkt der Parität stellen will, dann wird eine Verständigung möglich sein. Es ist ein absoluter Widerspruch, die Parität der Kirchen vom Staate und zugleich eine besondere Stellung jeder Kirche zum Staate zu verlangen. Die Herren beklagen, daß sie durch die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium die Organe verlustig gegangen sind, ihre Wünsche beim Throne vorzubringen. Wie können sie von Standpunkte der Parität eine solche Klage erheben? Wenn jede andere Religionsgesellschaft ein Gleiches verlangt, wäre das durchführbar im Staate? Der schwerste Einwand des Abg. Windthorst ist der,

dass wir Gehorsam gegen Gesetze verlangen, welche mit Gewissenspflichten in Widerspruch stehen. Wenn jede andere Religionsgenossenschaft für sich das Recht in Anspruch nehmen würde, die oberste Instanz zu bilden, um zu entscheiden, ob die Staatsgesetze den Gewissenspflichten widersprechen, und davon den Gehorsam gegen die Gesetze abhängig zu machen, dann würden wir zu recht bedenklichen Zuständen kommen und wenn Sie (zum Centrum) dieses Recht für sich allein in Anspruch nehmen, dann ist Ihr Standpunkt der der Bevorzugung einer bestimmten Religionsgesellschaft, den ich verweise, als dem Geiste und dem Buchstaben der Verfassung widersprechend. Sie werfen uns vor, wir würden dem Sake unteren: Freie Kirche im freien Staate. Solche Schlagwörter entwickeln sich allmälig und entsprechen zuerst einer allgemeinen Stimmung, wenn es aber zur Ausführung kommen soll, zeigt sich plötzlich, daß solche Schlagwörter mehr trennen als verbinden. Wir wollen die freie Kirche im freien Staate, Sie aber die freie Kirche neben dem freien Staate. Wir kennen eine Freiheit nur unter staatlicher Anerkennung; wir wollen allerdings, daß die Grenzen der staatlichen Einwirkung im Sinne der Freiheit gezogen werden, aber es sind die staatlichen Factoren, die die Aufgaben haben, dies zu thun. Wenn auch Sie in diesem Sinne die Parität auffassen, dann wird die Veröhnung nicht mehr fern sein.

Abg. Birchow: Der Abg. Miquel hat die Frage lebhaft in den Vordergrund gedrängt, ob durch die neue Synodalordnung eine progressive historische Entwicklung der Parität bewirkt werde. Ich halte diese Entwicklung für eine positiv reactionäre, welche nicht geeignet ist, die Parität zu fördern, sondern vielmehr die Gegensätze zu schärfen. Die Erklärung des Reg.-Commissars in der gestrigen Sitzung der Synodalordnungs-Commission hat das Rechtsfundament des landesherrlichen Summepiskopats bis auf den Augsburger Religionsfrieden zurückzuführen gesucht. Diese Quelle ist ein wenig trübe. Ich bin überzeugt, daß das Rechtsfundament des Summepiskopats durch die Verfassung bestigt worden ist und hat bestigt werden sollen. Das war die Ansicht aller Contrahenten bei der Begründung der Verfassung, der Minister, der Volksvertretung und auch des Königs Friedrich Wilhelm IV., welcher die Kirche frei geben wollte. Man sagt, daß der Summepiskopat als Recht der Krone stehen geblieben sei; dagegen spricht, daß der Paragraph von der kirchlichen Parität und der Selbstverwaltung der Kirchen in der Verfassung seine Stellung gefunden hat in dem Kapitel „Von den Rechten der Preußen.“ Also als Preußen, nicht repräsentirt von dem summus episcopus, haben sie die betreffenden Rechte. In dieser Eigenschaft konnte auch die Gesamtheit der evangelischen Christen in Preußen die Institution des Summepiskopats schaffen, aber das konnten nicht einzelne Personen, wie der Träger der Krone, der Cultusminister oder Herr Miquel. (Heiterkeit.) Ein solches Recht gesteht ich Niemandem zu, mag er durch Stellung oder Genie hervorragen, obwohl ich zugesteh', daß der

oder Genie hervorragen, obwohl ich zugestehé, daß der Abg. Miquel stets ein membrum praecipuum der evangelischen Kirche mit oder ohne Summepiskopat sein wird. (Heiterkeit) Der sogen. „Zug der Zeit“, welcher zu der jetzigen Organisation geführt haben soll, wird von jedem Machthaber interpretirt, der Minister Mantuuffel rechtfertigte damit auch die Einführung des Dreiklassenwahlsystems. Der Abg. Miquel hat schon mit Bestimmtheit verkündet, daß der Ober-Kirchenrat und die Consistorien Behörden der Kirche sein müssen, ich kann im Einverständniß mit wissenschaftlichen Korypäden der Theologie absolut nicht anerkennen, daß eine derartig hierarchische Organisation der Kirche von vornherein im Zuge der Zeit liege. Wir haben jetzt alle Ursache, die Angen bei der Frage offen zu halten, wie die Stellung des Cultusministers künftig in Bezug auf die Parität der Bekennnisse sein wird und da muß ich sagen, daß durch die Synodalordnung ihm eine andere Stellung der evangelischen Kirche gegenüber gegeben ist als er sie der katholischen gegenüber einnimmt. Denn die Synodalordnung ist nicht eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, sondern zwischen Staat und Krone. Dadurch, daß dem Summepiskopat eine Art constitutioneller Kammmer beigegeben wird, wird der Summepiskopus leicht den orthodoxen Bestrebungen gefügig gemacht werden. Durch die freie Stellung des Cultusministers dieser Organisation gegenüber ist ein System künstlicher Friction geschaffen, welches zwar frän erfunden, aber nicht zuträglich sein kann. Wollten Sie paritätisch verfahren, so müßte der Cultusminister eine ähnliche Specialstellung dem Papste und der katholischen Kirche gegenüber einnehmen. Ich rathe Ihnen, daß Sie die Mannigfaltigkeit der kirchlichen Organisation lieber auf dem Boden der freien Entwicklung entstehen lassen.

Damit wird die Debatte geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen Tit. 1 bewilligt.

Bei Titel 2 (Unterstaatssecretär und Räthe 260 700 Mk.) bemängelt Abg. Windthorst (Meppen) die Anstellung eines neuen vortragenden Rathes, da das Bedürfnis durchaus nicht erwiesen sei. Nur wenn der neue Rath zur Vertretung der clericalen Ansichten berufen sei, könne er sich zur Bewilligung entschließen. Die Oberpräsidenten, deren Berichte dem Minister nicht gefallen, würden abgesetzt, und an deren Stelle recht cultuskampfeifrige Regierungspräsidenten gesetzt, videatur Herr v. Ende. — Ministerialdirector Greiff folgert aus den gesteigerten und in Zukunft voraussichtlich sich noch steigernden Aufgaben der höheren Unterrichtsverwaltung die Nothwendigkeit einer dauernden Arbeitskraft. — Abg. Sarrazin: Der Witz kommt zwar nicht aus meinem Köcher, ich kann ihn aber nicht unterdrücken. Die Summe wird nach der Angabe des gedruckten Etats gefordert für einen „vortragenden“ Rath, und den haben wir bitter nötig. (Rufe links: Oh! Oh!) Ich werde deshalb die Forderung bewilligen. — Tit. 2 bis 12 werden bewilligt.

Kap. 114 a (Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten) wird gegen die Stimmen des Centrums und der Polen angenommen, ebenso die Kap. 115 bis 117.

Bz Kap. 118, Tit. 1, (Bisthum Ermeland 105 240 M.) protestiert Abg. Borowski gegen die staatliche Beschlagnahme der Gelder, welche zu Messen für die Seelenruhe der Verstorbenen und für die Armen be-

Zu Kap. 118, Tit. 3, "Bisthum Gnesen und Posen", bemerkt Abg. v. Jadczewski: Der Cultusminister erklärte vorhin, es sei die Pflicht jedes Staatsbürgers, die Gesetze des Landes zu folgen. Ich kann mich damit einverstanden erklären; es müssen aber alsdann die Gesetze auch in den Grenzen und in dem Geiste ausgeführt und von den Behörden interpretirt werden, wie sie gegeben wurden. Diese Grenzen werden, was die Maigesetze betrifft, uns Katholiken und Geistlichen gegenüber keineswegs immegehalten. So bin ich verurtheilt worden, weil ich in einem Nachbarbezirk, in einem einzelnen dringenden Falle, als Stellvertreter gottesdienstlicher Verrichtungen vornahm. Diese Verurtheilung ist durch das Gesetz vom 11. Mai 1873 durchaus nicht zu rechtfertigen. Der Cultusminister hat in Bezug auf dieses Gesetz eine Instruction erlassen, die in den Zeitungen veröffentlicht worden ist. Auf ein Schreiben dieserhalb an den Minister erhielt ich den Bescheid, daß diese Veröffentlichung unvollständig sei, es fehlten in derselben mehrere Bestimmungen, welche gewisse Einschränkungen der Anwendung des Gesetzes in Bezug auf einzelne Fälle enthielten.

eges in Bezug auf einzelne Fälle enthielten. Vergebens habe ich mich bemüht, von dem Cultusminister die Mittheilung dieser fehlenden Bestimmungen zu erhalten; er lehnte sie ab unter dem Vorwande, daß ich die Interne der Verwaltung zu solcher Kenntnissnahme nicht eigneten. Ich hoffe, er wird heute den Antrag dieser beschränkenden Bestimmungen seiner

struction mittheilen, damit wir wenigstens wissen, woran wir sind. Denn gegenwärtig herrscht in der Anwendung und Auslegung dieses Gesetzes bei uns in Posen eine Rechtsunsicherheit, die geradezu unglaublich ist. Während das eine Kreisgericht die Geistlichen regelmäßig verurtheilt, spricht das andere sie ebenso regelmäßig frei. Ebenso erfolgt principiell vom Appellationsgericht zu Bromberg in denselben Fällen Freisprechung, in welchen das Appellationsgericht zu Posen ebenso principiell Verurtheilung eintreten läßt. — Cultusminister Talt: Dem Verlangen des Vorredners, meine Verfügung mitzutheilen, werde ich nicht nachkommen, weil ich es nicht für gerechtfertigt halte, Verfügungen, die absolut Interna der Verwaltung betreffen, zur Veröffentlichung zu bringen. Ich habe zu dieser Weigerung um so mehr Grund, als in der That Facta sich ereignen, die es recht dringlich erscheinen lassen, auch mal von dieser Stelle an die Beamten die Mahnung zu richten: seid vorsichtig! Mir ist erst gestern über einen Fall berichtet, der sich vor einigen Tagen in Münster zugetragen. Dort wurde bei einem bekannten Anschauungsgenossen der Herren vom Centrum, einem Hrn. v. Albert, eine Haussuchung abgehalten. Da fand man denn unter anderen einen metallographischen Abdruck eines Berichts, den der Vicepräsident der Regierung dreimal jährlich an den König zu senden hat (Hört! links!), sowie ferner den metallographirten Abdruck einer geheimen Verfügung der Regierung zu Münster, und als der Betreffende dieserhalb eidlich vernommen wurde, sagte er aus, die Schriftstücke seien ihm von unbekannter Seite zugesendet worden. Was die Auslegung des Gesetzes selbst betrifft, so bin ich allerdings der Ansicht, daß nicht jede amtliche Handlung, welche ein rite angestellter Geistlicher in einer nicht zu seinem Amtsbezirk gehörenden Parochie vornimmt, strafbar im Sinne des Gesetzes ist. Wenn sie strafbar ist und wenn nicht, das entscheidet die Thatsache des einzelnen Falles selbst. In diesem Sinne sind eben mit Recht die Entscheidungen der Gerichte verschieden ausgefallen. — Hr. Kindthorft (Märkisch). Die Weisestafe...

Abg. Windhorst (Meppen): Die Maigesetze werden gegen uns mit einer Strenge und Rücksichtslosigkeit ohne Gleichen ausgeführt. (Bravo! links.) Nun, da Sie Bravo! rufen; ich bin freilich schon alt, aber ich hoffe es doch noch zu erleben, daß auch sie mal in der Fall kommen, es sich zu überlegen, ob die Gesetze gegen Sie selbst in der richtigen Weise ausgelegt und angewendet werden. Ich werde Sie dann vertreten auf Leben und Tod. Aber wenn die Minister sich dann gegen Sie ähnlich äußern werden, wie heute der Cultusminister, dann will ich sehen, ob Sie auch Bravo! rufen werden. Vergessen Sie doch die Conflictsperiode nicht, und denken Sie doch, wie nahe Sie dem Conflicte sind. Die Vorbringung solcher Fälle hier im Hause wird ihre Wirkung im Lande nicht verfehlten. Jedenfalls ist es hochwichtig, daß man nach außen sicher weiß, wie es im Lande Preußen eigentlich aussieht. (Beifall im Centrum.) — Die betreffende Position wird bewilligt.

Zu Kap. 120 (Katholische Geistliche und Kirchen) führ Abg. Biesenbach Beschwerde über die Handhabung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens. Seitens vieler Regierungen, besonders in der Diözese Paderborn wird sofort im Falle der Vacanz einer Pfarrei deren Vermögen mit Beschlag belegt und in staatliche Verwaltung genommen. Zwar hat bei Erledigung eines Pfarrants der Oberpräsident das Recht der Beschlagnahme; diese soll aber kein Compelle zur Wiederbesetzung des Amtes, sondern eine Sicherung des staatlichen Aufsichtsrechts sein. Niemand habe auch nur im Entferntesten bei Beratung des Gesetzes über die Verwaltung des Kirchenvermögens an eine solche Praxis der Regierungen gedacht. Durch diese Beschlagnahmen werden die eben vom Staate geschaffenen Verwaltungssorgane lahm gelegt. (Bustimme im Centrum.) Ein solches Verfahren kann dem Staate keinen Nutzen bringen; wohl aber werden die Gemeinden in die Opposition gegen die Regierung gedrängt, die Kirchenvorstände freilich verwalten das Vermögen gratis, die Staatscommissarien aber beziehen 10 Proc. der Einkünfte für ihre Mühewaltung. (Hört! im Centrum.) Die Regierungen zu Aachen und Trier machen ferner den Versuch, das Brodkorbgesetz auf bureaukratischem Wege noch etwas weiter zu verschärfen, indem sie die Genehmigung der Etats verlangen, welche Remunerationen erhalten, die die Gemeinden den gesperrten Geistlichen zu kommen lassen; Niemand kann aber eine solche Selbstbesteuerung den Gemeinden verwehren, so lange sie im Rahmen des Gesetzes erfolgt und aus der Person des Verpflichteten sich keine Bedenken ergeben. — Cultusminister Falk entgegnet, daß die zuletzt besprochenen Fälle noch nicht im Wege der Beschwerde an ihn gelangten.

gäste ihm im Wege der Belehrwerde an ihn gelangt seien und er einer solchen zunächst gewärtigen müsse. Was die zuerst genannten Gravamina anlangt,

so sind sie Gegenstand von Petitionen gewesen, welche die Commission des Hauses als nicht zur Erörterung im Plenum geeignet erklärt hat und sei zunächst abzuwarten, ob das Plenum sie dennoch zur Verhandlung ziehen werde. Uebrigens seien vielfach derartige Beschlagnahmen auf seine Veranlassung wieder aufgehoben worden. — Abg. Miguel kann an einen solchen Beschluß der Petitions-Commission ohne Weiteres nicht glauben, event. würden ja Abg. Biesenbach und seine Freunde Gelegenheit haben, die Sache der Entscheidung des Plenums zu unterbreiten. — Abg. Windthorst (Meppen) glaubt an den Erfolg eines Antrags nicht, der vom Centrum ausgehen würde. Das Verfahren der Regierungen zu Aachen und Trier ist zweifellos ungünstig, weil das Sperrgesetz es nur auf die Staatsleistungen abgesehen habe. Der Redner schlägt dem Cultusminister als Compromiß vor, diese Fälle und alle Controversen, welche die Maigesetze noch veranlassen sollten, dem Abg. Lasfer zur Entscheidung zu unterbreiten und sich dieser zu unterstellen.

unterbreiten und sich diejer zu unterwerfen. (Große Heiterkeit.) — Abg. Grießt constatirt, daß die Petitions-Commission allerdings eine Beschwerde über die fort-dauernde Beschlagnahme von Pfarrreivermögen als nicht für die Plenarverhandlung geeignet bezeichnet habe. Inzwischen seien zahlreiche andere Petitionen ähnlichen Inhalts eingegangen, über die noch kein Beschluss gefaßt worden. — Abg. Cremer ist Mitglied des Kirchen-Vorstandes von St. Hedwig zu Berlin. Die Kirche erhielt bis zum Sperrgesetze einen Zuschuß aus Staatsmitteln von 3640 Thlr., darunter 324 Thlr. jährlich als Entschädigung für ein gezogenes Kirchengut. Daneben wurde vom Staate ein sog. Missionsfonds von ca. 1300 M. für Unterhaltung einer guten Kirchenmusik gezahlt. Auch dieser ist ge-pert und auf die Beschwerde des Kirchenvorstehers hat der Cultusminister entgegnet, dieser Fonds müsse be-behalten bleiben, weil er, obwohl nicht für die Geistli-ichen bestimmt, doch zu ihrer Unterstützung dienen könne. Dieser indirekte Vorwurf einer Unehrlichkeit habe aufs Tiefste verletzt. Wer mit solchen Gründen kämpft, hat überhaupt keine Gründe. — Geheimrath Lücanus: Die Einbehaltung des Fonds entspricht vorhaupts den Vorschriften des Sperrgesetzes. — Nachdem noch die Abgg. Dauzenberg und Windthorst (Weppen) auf die ihres Erachtens ungerechte Ausfüh-rung des Sperrgesetzes zurückgenommen und Geheimrath

ucanus ihre Beschwerden nochmals
at, wird die Debatte geschlossen und da

Danzig, den 11. März.
Noch ehe der Wortlaut der neuen Städte-
ordnung bekannt ist, hat das, was von dem In-
alte derselben verlautete, in Schlesien eine Agi-
tation gegen die befürchteten Bestimmungen

selben in's Leben gerufen. Die Initiative dazu ging von Brieg aus. Magistrat und Stadtverordnete dieser Stadt sahnen in voriger Woche einen Beschluss, in dem es heißt:

„In Erwägung, daß sehr vielfach gehegte und mit mannigfachen Gründen belegte Befürchtungen sich geltend machen, es werde die beabsichtigte Neuordnung des Stadtrechts nicht verbunden sein mit einer Weiterentwicklung jener communalen Selbstbestimmung, wie sie in der ersten Grundlegung neuzeitlicher Stadtverfassung, der Steinischen Städteordnung von 1808, als Keim vorhanden ist, in der Folgezeit vielfältig verändert und verlummt wurde, in der Gegenwart als dringendster Bedürfnis empfunden wird und von der berechtigter Eigenart des Städtewesens ohne Beeinträchtigung des obersten Staatswohles und allgemeiner Wohlfahrt gefordert werden kann, — in Erwägung endlich, daß namentlich aus verwandten Gebieten der neueren Communal-Gesetzgebung — Kreis- und Provinzial-Ordnung — die Besorgniß herzuleiten ist, es werde an Stelle einer möglichst durchgehenden, nur durch die unumgänglichsten Forderungen des Staatszweckes beschränkten Befreiung von sogenannter staatlicher Oberaufsicht über städtisches Gemeinwesen eine solche Oberaufsicht lediglich der Namen und die Amtsstelle wechselt durch Überantwortung der Städte an bisher unbekannte Beaufsichtigung und Entscheidung von Seiten der neu gebildeten Verwaltungs-Körper des Kreises und der Provinz in welchen Stadt und Städtebörse das Bestätigungsrecht des Staates mit Rücksicht auf die vorwiegend zur Wahrnehmung der örtlichen Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung beauftragten Bürgermeister und Beigeordneten beibehalten, dagegen hinsichtlich der nur mit communalen Functionen bekleideten Magistratspersonen aufgegeben. Als Hauptaufgabe der Städteordnung bezeichnet eine officiöse Notiz: „die Regelung der künftigen Zuständigkeit der Bezirks- und Provinzialsräthe, sowie der Verwaltungsgerichte“. Den letzteren werden die Streitsachen überwiesen, in denen es sich hauptsächlich um „angeblich“ verlegte, aus den Bestimmungen der Städteordnung herzuleitende Rechte handelt. Unter Aussonderung dieser Fälle wird an Stelle des Regierungscollegiums dem Regierungspräsidenten, in höherer und höchster Instanz dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern die Aufsicht über die Verwaltung der städtischen Gemeindeangelegenheiten, namentlich auch der örtlichen Polizei, übertragen. Dem Bezirksrath ist hierbei eine mißwirkende Beschlusshafung insofern eingeräumt, „als es sich darum handelt, die städtischen Behörden innerhalb ihres communalen Wirkungskreises zu beschränken.“ Gegen die Beschlüsse des Bezirksraths wird die Beschwerde an den Provinzialsrath eröffnet. Größere Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern werden direct der Aufsicht des Oberpräsidenten resp. des Provinzialsraths unterstellt werden können.“

Deutschland.

Culturzielen nur eine Mindestvertretung und diese auch ohne jede Verbürgung zu finden pflegen während gerade auch Staatsswohl und Cultur-Entwicklung die größtmöglichst ungehinderte Selbstbestimmung städtischen Haushalts und städtischer Verwaltung fordern, — so daß also einer derartigen, sehr tiefgewurzelten Besorgniß ein wohl begründeter Ausdruck der Abwehr zur Folge gegeben werden muß, — beschließen die städtischen Behörden von Brieg: durch Deputation aus ihrer Mitte die städtischen Behörden von Breslau zu ersuchen, in bestrenger, durch obige Erwägungen begründeter Richtung leitend vorzugehen und Beitritt zunächst der schlesischen Stadtgemeinden zu einer Gesammitpetition an den Landtag zu erwirken."

Zur Mittheilung und Begründung dieses Beschlusses begab sich eine aus dem Bürgermeister Heidborn und den Stadtverordneten Justizrat Schneider und Dr. med. Basset bestehende Deputation nach Breslau. Ueber den Empfang der Deputation und das Resultat der Besprechungen berichtet das "Brieger Oderblatt": "Oberbürgermeister v. Forckenbeck nahm die von den Vertretern Brieg's überbrachten und von jedem einzeln besonders dargelegten Ziele und Wünsche nicht allein in der ihm eigenen liebenswürdigen Weise

Berlin, 10. März. Bezuglich der ersten Lesung des Entwurfes der Wege-Ordnung ist noch folgendes nachzutragen. Die Commission hat auf Antrag eines der ultramontanen Partei angehörigen Mitglieder den bedeußamen Besluß gefaßt, daß die Einführung der Wegeordnung an die Bedingung der vorhergehenden Einführung der neuen Kreisordnung geknüpft werden solle, so daß also namentlich für die Provinzen Posen, Westphalen und die Rheinprovinz die Verbesserung der bisherigen Wegegesetzgebung auf unbestimmte Zeit vertagt sein würde. Die den liberalen Parteien angehörenden rheinischen Abgeordneten sind einstimmig in der Verurtheilung des Beschlusses, der die materiellen Interessen der Provinz schädigen würde, ohne andere Vortheile zu bringen als solche, die den politischen Zwecken der Oppositionsparteien zu Gute kommen. Getheilter ist die Stellung der liberalen Abgeordneten aus Westphalen zu dem gedachten Besluß, von denen Mehrere die in Betracht stehende Wegeordnung überhaupt als für die Verhältnisse Westphalen's nicht geeignet bezeichnen, dabei aber wohl nicht genügend berücksichtigen, daß den Vortheilen einer gemeinsamen Preußischen Gesetzgebung jeder Landesteil gewisse Concessionen zu machen hat. Man hofft, den Besluß bei der zweiten Lesung wieder umzustoßen.

entgegen, sondern erklärte sich mit den für eine Bewegung in Sachen der neuen Städteordnung geltend gemachten Gründen, sowie mit Art und Ziel dieser Bewegung durchaus einverstanden. Das Ergebnis der Verhandlungen war in Kürze, daß beide Vorsitzende der städtischen Behörden vor Breslau gemeinschaftlich ein Rundschreiben an die schlesischen Städte erlassen werden, in welchem für den zu erwartenden Städteordnungs-Entwurf sofort nach dessen Einbringung in den Landtag gemeinsame Beratungen schlesischer Städte-Vertreter in Breslau vorgeschlagen werden, um das Ergebnis derselben als Gesamt-Petition an die Gesetzgebung zu bringen. Jede Stadt soll Vertreter ihrer beiden Behörden senden, namentlich aber auch Stadtverordnete. Vorher soll eine frei zusammentrende oder von Breslau einzuladende Vor-Commission einer nicht großen Zahl von Mitgliedern städtischer Behörden Vorschläge zu einer Tagesordnung für den schlesischen "Städtetag" entwerfen und Hauptfragen, über welche petitionirt werden möchte, in eingehender Prüfung vorbereiten.

Inzwischen ist gestern die Städte-Ord-

nung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen im Abgeordnetenhaus eingebracht. Die Vorlage, welche von sehr eingehenden Motiven begleitet ist, wird wahrscheinlich erst morgen zur Bertheilung gelangen und in etwa acht Tagen zur ersten Lesung gestellt werden. Für heute können wir nur Folgendes mittheilen: Der Entwurf umfaßt 149 Paragraphen, welche in 12 Titel zerfallen. Es handelt nach der Eingangsbestimmung: Titel I. Von den Stadtgemeinden und den Stadtbezirken (§§ 2 - 10). Titel II. Von den Gemeinde-Ämtern

— Heute wird es in Leipzig (seit Luther und Eck der berufenen Stadt der Wörterfechte) in einer Volksversammlung zu einer Disputation zwischen dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Böbel und einem der Führer der sächsischen Nationalliberalen, Hrn. Sparig, kommen. Jede der beiden Personen darf 1600 Karten ausgeben, die Sozialdemokaten rote, die Nationalliberalen blaue. Das Präsidium ist so geliebt, daß bei einem sozialdemokratischen Redner ein Nationalliberaler, Hr. Brüder, bei einem liberalen Redner ein Sozialdemokrat, Sr. Metzler, das Wort führt.

Jahrszahlungen der Stadtverordneten-Sammlung (§§ 61—72), b. von den Geschäften der Stadtverordneten-Versammlung (§§ 79—80) Titel VI. Von den Geschäften des Vorstandes der Stadtgemeinde und von der Verwaltung bei städtischen Gemeindeangelegenheiten (§§ 81—96) Titel VII. Von dem Gemeindehaushalte (§§ 97 bis 106). Titel VIII. Von den Rechten und

Pflichten der Behörden der Stadtgemeinde in Beziehung auf die Verwaltung der örtlichen Polizei und der allgemeinen Landesangelegenheiten (§§ 107 bis 115). Titel IX. Von der Aufsicht des Staates über die Verwaltung der städtischen Gemeindeangelegenheiten und der örtlichen Polizei (§§ 116 bis 125). Titel X. Von dem Verwaltungsstreitverfahren in städtischen Gemeindeangelegenheiten (§§ 126—134). Titel XI. Befondere Bestimmungen für die Stadtkreise (§§ 135—139); Tit. XII. Schluss- und Nebenangabestimmungen (§§ 140—149).

Der Entwurf der Städteordnung hält in Bezug auf die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Gemeindebehörden, Einwohner und Bürger der Stadtgemeinden an der alten Organisation fest. Nach wie vor geht die Gemeindevertretung aus der Wahl der Bürgerschaft hervor. Das Drei-Klassen-Wahlsystem ist beibehalten, aber an Stelle der Stimmabgabe zu Protokoll ist die Stimmzettelwahl getreten. Auch künftig wird die Gemeindevertretung (Magistrat) aus der Wahl der Stadtoberhaupten, Ratsammlung hervorgehen und nicht

zählige Buszen sind überflutet. Die Wintersaaten sind verloren. In Raczeau sind 350, in Szent-Miklos 110, in Tököly 30, in Csep 6, in Uzalu 16 Häuser eingestürzt. In Neustadt, Altos, Teiten und Promontor sind die Häusereinfürze noch ungezählt.

Frankreich.

Paris, 8. März. Der Amtspräsident der Deputirtenkammer, Racapal, hat heute die Sitzung mit folgenden Worten eröffnet: "Eine neue Era beginnt heute für Frankreich. Alle Parteien müssen vor der großen Kundgebung des allgemeinen Stimmrechts schweigen. Das Interesse des Vaterlandes verlangt die Einigkeit, damit die Wohlfaht, die Freiheit und die Republik sich entwickle." Wie man sich erinnert, war gegen den republikanischen Senator Toucher du Careil ein Prozeß eingeleitet worden, weil er unberechtigter Weise in einer Wahlversammlung in Provins erschienen war. Das Gericht hat ihn dafür gestellt zu einer Geldstrafe von 300 Fr. verurtheilt. Dagegen sind die Veranstalter des Festzugs zu Ehren der Anwesenheit Rouher's in Basie, bei welcher Gelegenheit es zu antirepublikanischen Kundgebungen gekommen war, freigesprochen worden. — Man meldet, daß die Kaiserin von Russland am Donnerstag den 16. auf der Durchreise nach Nizza in Paris eintreffen wird. — Rouher ist gestern nach London gereist.

Versailles, 9. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer übernahm Grévy das Amt des provisorischen Vorsitzenden mit Worten des Danks für seine Wahl und mit der Sicherung, daß er ein treuer Wächter der Würde und der Prärogative der Kammer sei und sich bei Leitung der Debatten der strengsten Unparteilichkeit befreit werde. Hierauf begann die Kammer mit den Wahlprüfungen und wählte mehrere Wahlen für gültig erklärt. — Von den zu Vorsitzenden der Abtheilungen der Kammer gewählten gehörten 6 der Linken, 2 der äußersten Linken und 3 dem linken Centrum an. (W. T.)

Italien.

Rom, 9. März. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Spaventa, hat heute der Deputirtenkammer die abgeschlossenen Eisenbahn-Conventionen vorgelegt. Die Kammer hat die dringliche Behandlung dieser Vorlagen genehmigt.

England.

London, 8. März. Im Unterhause wurde gestern ein Antrag Cartwright's auf Ernennung eines Sonderausschusses zur Prüfung der Möglichkeit, den Zoll auf Wein herabzusetzen, mit großer Mehrheit verworfen. Von dem Rechtsanwalt Sejeant Spinks geleitet, ließen die im Hause zahlreich vertretenen Eisenbahnhinterfressen mit vereinigten Kräften Sturm gegen sie so oft angegriffene Passagiersteuer. Spinks bezeichnete sie als ungerecht, weil sie den Eisenbahnverkehr einseitig belaste und die billige Förderung des ärmeren Publikums, namentlich der Arbeiter, hindere. Omnibus-, Pferdebahnen, Dampfboote, Droschen u. dgl. zahlen alle keine entsprechende Steuer. Der Schatzkanzler verweigerte die sofortige Entlastung bezüglich vollständige Aushebung der Passagiersteuer. Dagegen ging er auf einen Vermittlungsvorschlag Novell's ein, einen Abschluß mit Prüfung der Sache zu betrauen. Es gab zu, daß die Angelegenheit der Prüfung bedarf und daß, sofern sich etwas ohne Nachteil für das übrige steuerzahlende Publikum zur Ermächtigung der Eisenbahnen thua lasse, sich die Ausführung derselben empfehle. Die Ernennung eines Ausschusses wurde mit 137 gegen 23 Stimmen beschlossen.

London, 9. März. Unterhaus. Der Deputat Campbell kündigte an, daß er demnächst den Antrag auf Annahme einer Resolution einbringen werde, wonin es als inopportunit für England erklärt wird, daß sich dasselbe an irgendwelcher Abmachung zur Ermächtigung einer vor dem Konservativen von Ägypten aufzunehmenden Auseinandersetzung beziehen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte der Premier Disraeli, die zweite Lesung des Gesetzes über die Titel der Königin vorzunehmen und machte zugleich die Befürchtung, daß die Königin ihren bisherigen Titeln den einer "Kaiserin von Indien" hinzufügen werde. Samuelson stellt den Antrag, die Berathung der Vorlage einstimmig zu vertagen. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher Gladstone sich gegen die Annahme des Titels "Kaiserin" ausspricht und es tadeln, daß die übrigen Kolonien in dem königlichen Titel nicht berücksichtigt werden, wird der Beratungsantrag mit 284 gegen 21 Stimmen abgelehnt und die zweite Lesung der Vorlage beschlossen. (W. T.)

Serbien.

Belgrad, 9. März. Die zur Untersuchung der Exzesse in Krugowatz eingeführte Spezialkommission hat mehrere Personen, darunter den seitherigen Gemeindesvorstand, verhaftet und mehrere Beamte und Lehrer von ihren Amtern suspendirt. Letztere sind sämmtlich zu Untersuchung gezogen worden. (W. T.)

Telegramm der Danziger Zeitung.

Gaub (Städtchen in Nassau am Rhein) 11. März. In vergangener Nacht sind durch einen Bergsturz 10 Häuser verschüttet. 26 Menschen sind hierbei getötet. Die Bahnverbindung ist unterbrochen.

Danzig, 11. März.

* Herr Landesdirector Rickert ist gestern hier eingetroffen und hat heute das hiesige Hebammen-Institut in die Provinzialverwaltung übernommen. Gestern hat der "Pr.-Bitt. Btg." zufolge die Übernahme des gleichen Instituts in Gumbinnen statt gefunden.

* Telegramm aus Warschau, 11. März 10½ Uhr Vormittags: Wasserstand der Weichsel 11 Fuß 11 Zoll. Das Wasser nimmt noch langsam zu.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aufhang auf dem Bahnhofe der Osthafen.] Culm-Terespol: per Kahn bei Tag und Nacht. Warlubien-Graubenz: per Kahn bei Tag: bei Tag per flegender Fähre, bei Nacht unterbrochen. Bei der demnächst zu erwartenden Feststellung des Sommerfahrtplans der Berlin-Stettiner Eisenbahn möchten wir die Direction darauf auf-

merksam machen, daß den in Boppot während des Summers wohnenden Geschäftleuten ein Zug sehr erwünscht wäre, welcher dieselben früher nach der Stadt gelangen läßt, als der jetzige Stolper Zug und wiederum nicht so früh, wie der sogenannte Schulzug. Der Uebelstand, daß der Stolper Zug und die in Boppot an denselben ankommenden Wagen häufig überfüllt sind, hat die in Oliva und Langebude wohnenden Sommergäste die Benutzung der Pferdebahn trotz der längeren Fahrzeit vorziehen lassen. Daß die Kosten für einen solchen etwa um 8½ Uhr von Boppot abgehenden Zug gedeckt werden würden, scheint uns dadurch bewiesen, daß in Boppot stets 3 bis 4 Wagen zum Anhängen an den Stolper Zug bereit gehalten worden sind, und daß trotzdem, wie die Erfahrung gezeigt hat, für Fahrgäste aus Oliva und Langebude nicht Platz gewesen ist. Im Interesse der Wahrheit wie des Publikums glauben wir auf die Berücksichtigung unseres ausgesprochenen Wunsches rechnen zu dürfen.

* Der auf der Werft der hiesigen Schiffbau-Aktien-Gesellschaft für den Hafen zu Memel erbauten neuen Bugjardampfer "Minister Achenbach" soll dieser Tage darin übergeführt werden und sind zur Übergabe des Dampfers Namens der Staatsregierung der Hafenbaud-Inspector und der Booten-Commandeur von Memel hier eingetroffen. (G.)

* In der letzten General-Beratung des hiesigen Gewerbe-Vereins fand die Neuwahl des Vorstandes für das kommende Vereinsjahr statt. Wiedergewählt

wurden die Herren: Dr. Möller zum Vorsitzenden, Stadtrath Helm zum Stellvertreter, Kaufmann Brinck zum Schabmeister, Malermeister Schmidt zum Bibliothekar, Director Kirchner zum Ordner des Unterrichts; neu gewählt die Herren: Lehrer Dieball zum Schriftleiter, Kaufmann Springer zum Ordner der Vorträge, Möbelhändler Bergmann zum Ordner des Locals. Zu Beispielen wurden erwählt die Herren Eisner, Schütz, Krug, Pfannenschmidt, Joh. Krause, Block, Grimm, Hundius und Sudau.

* Die Dammschiffaffart zwischen Danzig und Neufahrwasser wird Montag, den 13. d. wieder eröffnet und zwar gehen die Dampfschiffe vorläufig von Stobnitschtor in den ungeraden Stunden von 7 Uhr Morgens bis 5 Uhr Abends, von Neufahrwasser in den geraden Stunden von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends. — Der Fahrpreis beträgt auf dem 1. Platz Dutzendbillets für Erwachsene 3 M., für Kinder 1,80 M.; Einzelbillets für Erwachsene 0,30 M., für Kinder 0,20 M., und auf dem 2. Platz: Dutzendbillets für Erwachsene 1,80 M., für Kinder 1,20 M.; Einzelbillets für Erwachsene 0,20 M., für Kinder 0,15 M. Schüler, die in Neufahrwasser oder Weichselmünde wohnen und die hiesigen Schulen besuchen, erhalten auf Verlangen Karten ausgefertigt, welche sie berechtigen, wenn sie unter 12 Jahre alt sind, mit Kinderbillets für den 2. Platz auf dem 1. Platz, und wenn sie 12-18 Jahre alt sind, auf dem 1. und 2. Platz Kinderbillets zu benutzen.

B. Es gehört zu den volkswirtschaftlichen Fortschritten der neuern Zeit, daß man die Fischzucht rationell zu betreiben angefangen hat; solches ist an verschiedenen Orten Frankreich's und Deutschland's unternommen worden und mit so lohnendem Erfolg, daß immer mehr Anlagen der Art entstehen. Eine ist denn auch in Polenken bei Danzig angelegt und Herr Inspector Collins dasselbe betreibt das Geschäft mit höchstem Interesse wissenschaftlich und sorgfältig; es ist höchst interessant, das Verfahren sich zeigen und erklären zu lassen, besonders auch die jungen Thiere in den Stadien der Entwicklung zu beobachten. Herr Collins wird, dem Vernehmen nach, Dienstag den 14. März, da er eine Vorlesung zum Besten des Diafonissen-Krankenhauses zu halten übernommen hat, über rationelle Fischzucht und deren volkswirtschaftliche Bedeutung sprechen, auch in Glasbehältern Exemplare ausgestellten Fischlein vorzeigen.

* Der Reichsanz. schreibt: "In den Regierungsbezirken Gumbinnen, Danzig und Marienwerder ist die Klage über Futtermangel eine fast allgemeine, nur in den litauischen Kreisen ist im Durchschnitt so viel Futter vorhanden, daß die Viehbestände bei richtiger Eintheilung ohne jede Schädigung durchgewirkt werden können. Auf die im Allgemeinen gut aufgegangenen Wintersaaten hat das fröhlig eingetretene Frostwetter, so weit sich dies bis jetzt beobachten läßt, nicht schädlich eingewirkt, weil die Saaten durch eine reichliche Schneelage vor dem Erfrieren geschützt waren. Der Gefundheitszustand der Thiere hat irgendwie bemerkenswerthe Erleichterungen nicht gezeigt. Nur in einem Kreise des Regierungsbezirks Marienwerder wurden einige Besitzer durch eine unter den Schafen in Folge der Lupinenfütterung aufgetretenen Krankheit, welche eine große Anzahl von Thieren ergriff, hart betroffen."

* Wir erhalten folgende Zuschrift: "Die verehrliche Redaktion der "Danz. Zeitung" erfuhr hiermit, daß das Referat in Nr. 9624 über die hiesige Katholiken-Versammlung vom 6. März cr. dabin berichtigten zu wollen, daß ich mich in meinem Vortrage keineswegs über die Maigefeste verbreitet habe und daß ich mich nicht einmal entfinne, überhaupt während des ganzen Vortrages das Wort Maigefete auch nur gebraucht zu haben. Ergeben Sie, Scharmer, Weltvriester und Redakteur." ** [Polizeibericht.] Dem Zimmersbericht B. ist von seiner Arbeitsstelle in Zigarrenbergerfeld aus seinem Rock eine silberne Zylinderuhr gestohlen worden. Den Kellner T ist gestern aus seiner unverlässlichen Schlafzimme ein blauer Überzieher, ein hellgestreiftes halbseidenes Tuch und ein leinenes Handtuch gestohlen worden. — Gestern hat ein junger Mensch es verlückt, von dem hiesigen Postamt eine Postanweisung in Höhe von 192 M. welche für den Kaufmann H. bestimmt war, zu erheben.

-m. Schöneck, 11. März. Die Militärbehörde beabsichtigt die diesjährigen Herstellungen für das Husaren- und Ulanen-Regiment, so wie für die Cavallerie-Brigade wiederum in dem Terrain bei Schöneck, wo schon im Jahre 1873 eine solche Leistung stattgefunden hat, abhalten zu lassen.

Marienwerder, 9. März. In der heutigen letzten Sitzung des Schwurgerichts wurde u. A. die unverheiliche Justine Münnier aus Ruhnenberg wegen Rücksichtslosigkeit verurtheilt. Die Beweisaufnahme war so belastend, daß die Geschworenen trotz des hartnäckigen Längnens der Angeklagten dieselbe schuldig fanden, ihr am 7. Dezember v. J. geborene Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich getötet zu haben. Sie wurde zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt.

Elbing, 11. März. Der Localverein der Luisenstiftung für die Stadt Elbing" constituierte sich heute auf Grund der von Bürgermeister Thomale vorgelegten und einstimmig genehmigten Statuten.

* Aus dem Kreise Stuhm, 9. März. Auf Veranlassung des Ministers des Innern und des Regierungspräsidenten hat der Landrat Steinmann die Feststellung der Schadensverhältnisse und der Unterstüzungsbefreiung der durch die Überschwemmung betroffenen Bewohner von Rosenkranz, Gr. und Kl. Linz an Ort und Stelle, soweit zur Zeit möglich, vorgenommen.

* Es sind in Lübenberg, zu Rosenkranz gebürgt, vier, in Gr. Linz sieben und zu Kl. Linz zwei Familien als vorzugsweise geschädigt und hilfsbedürftig befunden worden. Dem Amtsvoirsteher Goera zu Rosenkranz ist eine durch Verfügung der Regierung angewiesene Summe zur Abhilfe der augenblicklichen Notth der ihm namentlich bezeichneten bedürf-

tigen Familien zugestellt worden. — Das Wasser ist seit gestern wiederum 2 Fuß gestiegen; es kommt das genannte politische Wasser, die Weichsel herunter. Der kürzlich aus dem Kreislaizatz zu Stuhm entwichene geisteskranke Joseph Witkowski, der inzwischen tödlich geworden ist, wieder eingebrochen und heute in die Heilanstalt Schwedt geschafft worden. — Die Wahlen der neuen katholischen Kirchenvorstände und Gemeindevertretungen haben im Kreise durch die gestern in Stuhm erfolgte Wahl wohl ihren Abschluß gefunden. In Stuhm war die Beteiligung eine ziemlich rege. Überall sind die Wahlen ordnungsmäßig vollzogen worden.

Granden, 10. März. Die fliegende Fähre ist zwar seit Donnerstag wieder im Gange, doch hat sich die Förderung von Wagen des hohen Wasserstandes wegen bis jetzt noch nicht bewirken lassen, daß die Ufer überschwemmt sind. Passagiere und Güter müssen mittels Handfahnen über das Uferwasser auf den Brahm der Fähre geschafft werden. Hier markirte der Pegel, nachdem das Wasser wiederholt gestiegen und wieder gefallen ist, heute Nachmittag 14 Fuß 2 Zoll. — Dieser Tage ist ein altes Stück Granden der fortschreitenden Entwicklung der Stadt zum Opfer gefallen. Der alte Gaststall zum "Goldenem Löwen," welcher, in die Unterhornerstraße vorspringend, derfelben ein charakteristisches Gepräge gab, ist niedergegerissen worden, weil der Besitzer des Löwen, Herr Baasner, seinen Gasthof im modernen Styl und in erheblich größerem Maßstabe neu aufbauen will. (G.)

Österode, 8. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnten in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Danzig, 10. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnten in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Danzig, 10. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnen in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Danzig, 10. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnen in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Danzig, 10. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnen in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Danzig, 10. März. Die feierliche Eröffnung des hiesigen Schullehrer-Seminars, zu dessen Director der Seminar-Director Heming in Königslberg ernannt ist, ist auf den 20. April festgesetzt; die Aufnahme-Prüfung findet am 10. und 11. April statt. — Um 15 tritt die gegenwärtig in Marienwerder gastirende Schauspieler-Gesellschaft der Herren Theater-Directoren Scheibl und Wäge hier ein, um im Bannigarth'schen Theaterlocale einen Cyclus von Vorstellungen zu eröffnen. Der Gesellschaft geht ein vorzüglicher Ruf voran. — Der Umstand, daß die Stadt Österode bei der letzten Volkszählung nahezu 6000 Einwohner zählte, hatte Ende vorigen Jahres mehrere Bürger Veranlassung gegeben, bei den städtischen Behörden, gestützt auf § 12 der Städteordnung, die Vermehrung der Zahl der Stadtvorsteher von 18 auf 24 zu beantragen. Die Stadtvorsteher lehnen in ihrer Sitzung vom 27. Dezember v. J. im Einverständniß mit dem Magistrat den Antrag ab. Die Antragsteller wandten sich nunmehr unter dem 4. Januar c. beschwerdeführend an die R. Regierung zu Königslberg. Der Bescheid der letzteren ist nun gekommen und geht dahin, daß die R. Regierung überhaupt keine Veranlassung finde, von Aussichtswegen näher auf die Sache einzugehen.

Hierdurch erlaube ich mir mein großes Lager nachstehend aufgenannter Artikel für **Zimmer-Ausstattungen** zu empfehlen und bemerke dabei, daß die Preise derselben neuerdings **durchgängig ermässigt** worden sind:

Kork-Teppichstoff (Linoleum) dauerh. Fußbodenbelag, besonders für Bürau, Corridors und Treppen

geeignet —

Fusstapeten in Läufer- und Parquet-Mustern, nur bestes und ganz trockenes Fabrikat —

Teppichstoffe, abgepasste Teppiche der verschiedensten Qualitäten; **ältere Muster bedeutend zurückgesetzt** —

Tischdecken in Plüsch, Gobelin, Rips, Tuch u. c., **ältere bedeutend zurückgesetzt** —

Ledertuch-Tischdecken, besonders praktisch und hübsch —

Ledertuche und Wachsparchende in den solidesten Fabrikaten —

Rouleauxstoffe, weiß und farbig, glatt und gestreift —

Elsässer und englische bedruckte Gardinen und Möbelstoffe in reicher Auswahl —

Weisse Gardinenstoffe in einfachen und eleganten Genres, in Zwirngaze, Mull, Tüll u. c. —

Möbelplüsche, einfarbige und bunte Möbelstoffe in Wolle, Halbwolle, Baumwolle und Leinen.

August Momber.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 12. März. Vormittags
10 Uhr, Predigt: Dr. Prediger Rödner.
Heute früh 6 Uhr wurde meine liebe Frau,
geb. Gatt, von einem kräftigen Knaben
glücklich entbunden, welches ich hierdurch
meinen dertigen zahlreichen Freunden und
Besuchten unter herzlichem Grunde statt
Besonderer Meldung mittheile.
Mülheim a. d. Ruhr, d. 8. März 1876.
7817 N. Michle.

Die gestern erfolgte glückliche Entbindung
meiner lieben Frau Helene, geb. Friedel,
von einem gesunden Mädchen, erlaube ich mir
unseren Freunden, Bekannten und Verwandten
statt jeder besonderen Meldung hierdurch ex-
geben anzugeben.

Danzig, den 11. März 1876.

Hugo Mahler.

Die heute Morgen 8½ Uhr erfolgte
glückliche Entbindung meiner lieben
Frau geb. Alexander, von einem kräftigen
Mädchen, zeige ergebenst an.

7819 S. Göh.

Coupons-Einlösung
der Preussischen
Hypotheken-Actien-Bank
(concessionirt durch Allerhöchsten Erlass
vom 18. Mai 1864).
Am 1. April 1876 fällige Coupons
unserer

5% Pfandbriefe
werden vom 15. März a. cr. ab an unserer
Kasse und an dem unten aufgeführten Orte
eingelöst.

Berlin, im März 1876.

Die Haupt-Direction.
Spielhagen.

Die Einlösung der vorbemerkten Coupons
geschieht durch uns kostenfrei, auch
halten qu. Pfandbriefe als solide Capital-
Anlage bestens empfohlen.

Danzig, im März 1876.

Meyer & Gelhorn.

An Ordre
verladen von Alfred Niede, Newcastle
u. Tyne, per "Beriein" Capt. Schaple,
1876/77 in Neufahrwasser, 145 und 200
Tons Cose. Fabrik des girirten Con-
noisseurs bitte sich zu melden.

Danzig, den 11. März 1876.

Wilh. Ganswindt.

Butter-Lieferanten,
welche wöchentlich zwei Mal feinste Tisch-
butter liefern, können sich melden Scheiben-
rittergasse No. 13. 7818

Fr. Kessler.

Magdeburg. Sauerfohl,
vorzüglich schön, empfiehlt
Carl Schnarcke.

Saure Dillgurken,
sachweise, schokweise und einzeln
empfiehlt D. A. Bertram,
7-36 Gr. Schwabingasse Ecke 22
Weichsel-Rennungen, pro Schek 10 fl.,
empfiehlt Carl Volkmann.

Aufer und Reitzen
in allen Dimensionen halte ich auf Lager
zu billigen Preisen.

H. Merten,

Schuitenweg bei Danzig.
Mein Lager Billard, Bier-
druck-Apparate und schwerster
Geldschrank empfiehlt zu Fabrikpreisen.

Carl Volkmann.

Für mein Colonialwaren-
Detailgeschäft suche per 1.
April er. einen Lehrling.

Carl Voigt, Hirschmarkt No. 38.

Eine junge Dame, die das Examen
gemacht und schon an einer Schule
unterrichtet hat, wünscht von Ostern
ab Kinder jeden Alters nach Wunsch
einzelnen oder in kleinen Gruppen zu
unterrichten. Ab essen unter No. 7875
in der Exped. d. Btg. erbitten.

Ein Knabe zur Erlernung der
Conditiorei wird gesucht. Zu
erfragen bei Herrn Martens,
Zopengasse 63. (7825)



The Singer Manufacturing Co.,

größte

Nähmaschinen-Fabrik der Welt,

erhielten für die Güte und vorzüglichen Leistungen mehr als

120 Ehrenpreise

und wurden davon bis jetzt über

1,500,000 Stück,

oder mehr als ein Drittel der Gesamt-Nähmaschinen-Fabrikation Amerika's verkauft. Dieser Absatz beweist am besten die Vollkommenheit der Original-Singer-Maschinen und die denselben gewordene

Allgemeine Anerkennung des Publikums.

G. Neidlinger Lunggasse 44, vis a vis d. Rathhouse.

Um es jedem zu ermöglichen, sich eine seinen Zwecken entsprechende Maschine an zu schaffen, werden die Original-Singer-Nähmaschinen, wo es gewünscht wird, gegen wöchentliche Abzahlung von 2 Mark und ohne Preisverhöhung abgegeben.

Alte oder nicht zweckentsprechende Maschinen aller Systeme werden gegen Original-Singer-Maschinen eingetauscht und in Zahlung genommen.

Zingler's Höhe.

Sonntag, den 12. März:

Concert,

ausgeführt von der Capelle des 4. Ostrpr.
Grenadier-Regt. No. 5,
unter Leitung des Herrn Musikmeister
Allian.

Ansang 4 Uhr. Entrée 30 fl.

Die Concerte finden von jetzt ab vieter
regelmäßig statt.

Lipinski.

Spliedt's
Concert-Salon

in Jäschenthal.

Sonntag, den 12. März,

Großes

Nachmittags-Concert.

Ansang 4 Uhr.

F. Kell.

Friedrich-Wilhelm-
Schützenhaus.

Sonntag, den 12. März er.:

Großes

CONCERT

ausgeführt von der Capelle des Königl.
Ostpreuß. Hilf.-Regiments No. 33.

Entrée Saal u. kleine Loge à Person 30 fl.

Große Loge à Person 50 fl. Kinder die

Hälfte.

Kassenöffnung 4 Uhr. Ansang 5½ Uhr.

H. Laudenbach.

Kaffeehaus

zum
freundschaftlichen Garten,

Nengarten No. 1.

Sonntag, den 12. März:

Grosses Concert.

Ansang 5½ Uhr. Entrée 30 fl.

H. Reissmann.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 12. März. (7. Ab. No. 18.)

Die Reise um die Erde in 80
Tagen. Spektakelstück in 5 Ab-
teilungen und 14 Tableaux von

A. D'Enery und Jules Verne.

Montag, den 13. März. (Abonn. susp.)
Gastspiel des Herrn Goette. Benefiz
für Fräulein Hasselbeck. Tanz-
hälfte. Oper von Wagner.

Tannhäuser . . . H. Goette.

Dienstag, den 14. März. (7. Ab. No. 19.)
Die Reise um die Erde in 80
Tagen. Spektakelstück in 5 Abteilungen
und 14 Tableaux von A. D'Enery und

Jules Verne.

Mittwoch, den 15. März. (Abonn. susp.)
Benefiz für Herrn L. Ellmenreich.

Gin Kind des Glücks. Original-

Charakter-Puppentheater in 5 Acten von
G. Birch-Pfeiffer.

Donnerstag, den 16. März. (7. Ab. No. 20.)
Gastspiel des Fräulein Galfy vom
Stadttheater in Elbele und Gastspiel
des Herrn Goette. Faust und

Margarethe. Oper von Gounod.

Margarethe . . . Fr. Galfy. Faust . . .
Herr Goette.

Freitag, den 17. März. (Ab. susp.) Benefiz
für Frau Müller - Fabricius.

Drei Paar Schuhe. Lebensbild mit

Gefang in 3 Abteilungen nebst einem
Borspiel von C. Görlich. Martha.
Frau Lang Rathey. Vorher: Die
Dienstboten. Lustspiel in 1 Alt von
R. Benedix.

Sonntagn, den 18. März, bleibt das
Theater geschlossen.

Selonke's Theater.

Sonntag, den 12. März: Abschieds-Vor-
stellung der Gesellschaft Her-
mandes. II. A.: Eine Stand-
kaisere von Österreich. Lustspiel

Ein Schänder erregendes Duell.

Vor. Ein seltener Wöch. Posse.
Die Nänker in der Waldschule.
Komische Pantomime, ausgeführt von
30 Personen.

23. Fr. Gr. B. sp.

Berantwortlicher Redakteur: H. Nödner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann,
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

HUNDE-HALLE.

Verzehrfeste neben vorzüglichem

Gödliner, Glas 15 Pf.

echt Pilzener, böhmisch

Gebräu, Glas 25 Pf.

In 1/4, 1/2, 1/3 To.-Gefüßen

versendet frei Haus od. Bahn-
hof die Gödliner Bier-Nieder-
lage für Danzig und Umge-
gend von

2. Nierbach, Rabbinats-Assessor,

H. Nierbach, gepr. Lehrerin,

Danzig, Pfefferstadt 4.

In verschiedenen frequenten

Straßen der Reichstadt sind Ge-
schäftsläden mit Wohnung zu

vermieten durch E. Grimm,

Hundeg. 77, 1 Treppen.

General-Versammlung

der israelitischen Kranken-Unter-

stützungs-Kasse

Sonntag, den 26. März 1876,

Nachmittags 4 Uhr,

im unteren Saale des Gewerbehause.

Tagessordnung:

a) Berichterstattung über die Verwaltung

pro 1875.

b) Revision der Kasse durch die Aufsichts-

behörde.

Der Vorstand.



Restaurant

Kleophas.

Heute

Bock-Bier vom Fass.

Danzig, 11. März 1876.

Zuschrift an die Redaction.
Provinzielle Mehr- oder Minderbelastung.

III.

In soweit das für die hier gegebenen Zwecke nötig war, ist in Nr. 9625 dieser Zeitung nachgewiesen worden, daß der Maßstab für die Provinzialabgaben, die Stadt und die Landkreise, und ebenso die viel und die wenig den Provinzialräten in Anspruch nehmenden Landkreise in ungerechtfertigter und unweitmägiger Weise über einen Kamm scheint. Beabsichtiger Ausgleichung, wenn auch nur in den besonders hervorragenden Fällen, hat nun der Gesetzgeber den § 110, und die Verkehrsanlagen betreffende Vorschrift des § 111 gegeben. Da wendet man ein, im übrigen Gebiet der neuen Ordnung da ist dieser Paragraph wohl anwendbar, den Westpreußen jedoch ist gegenüber den Ostpreußen die Anwendung vorerst noch nicht gestattet. Die Ostpreußen haben sich nun einmal Zusicherungen im Vorraus verschafft. Diese sind nach § 4 des Dotationsgesetzes wohl über übel zu erfüllen, auch führt die Staatsverwaltung nach § 23 vorläufig noch selbst die bewilligten Bauten fort. Nach 5 oder 6 Jahren werden jene Verpflichtungen erfüllt sein, und dann gelangt auch der Ost- und Westpreußen die Provinzialordnung ganz, das ist mit dem § 110, zur vollen Geltung. Umgekehrt aber sind die Ostpreußen, wie kürzlich ein Pr.-Landtags-Abgeordneter öffentlich sagte, berechtigt, sobald sie mit ihren großen Bauten fertig sind, die Westpreußen höher zu besteuern, falls diese dann größere Ansprüche als sie an den Provinzialfonds erheben sollten. Es sei daher auch ganz unrichtig, sie auch nur auf die Bevölkerung aufmerksam zu machen. Uebrigens berichtete diese Zeitung noch im Januar, daß der Neubau der Straße von Trennen, im Kreise Darkehmen, über Kowarren und Cannigk nach Angerburg, also etwa 3 Meilen, als Staatschaussee genehmigt worden sei und die Kosten des Baues sowie die künftige Unterhaltung dem Provinzialverbande, d. h. also auch den Westpreußen, zur Last fallen sollte. Ich empfehle den Herren Abgeordneten die Feststellung derjenigen Gewöhnuungen, die nach Bekanntmachung der Provinzialordnung vom 29. Juni und des Dotationsgesetzes vom 8. Juli für Ost- und Westpreußen etwa noch verliehen worden sind.

Die Frage, ob der § 110 mit der Einführung der neuen Ordnung, also vom 17. und 18. Januar, in Anwendung gebracht werden könnte, bzw. jetzt in Anwendung gebracht werden kann, ist, wie ich bereits an einem andern Orte sagte, eine jener Doctorfragen, über die zu streiten man den Buchgelehrten überlassen sollte. Westpreußen hatte wie Ostpreußen seine eigene Communal-Beratung und Rasssführung. In Plenum wurde gegen seitig formell genehmigt, was in getrennter Berathung der Ost- und der Westpreußen beschlossen worden war. Der Beschluß nun, beide Provinzen mit ihren entschieden particularistisch bestimmten Bewohnern zu einem Provinzialverband zu verbinden, weil ein Oberpräsidium bisher bestanden hatte, weil die Ostpreußen ein großes Widerstreben zeigten, sich von ihren westpreußischen Brüdern zu trennen — deren betreffende Provinzialabotation und Steuerlast ja auch ganz gut zu brauchen ist — weil, wie der Abg. Dr. Birchom am 8. April v. J. kennzeichnete, „die Fortschrittspartei nicht möchte, daß der Provinziallandtag ein nationalliberale wäre“ — dieser Beschluß war geradezu ein Herausbrechen aus den für die wirtschaftliche Selbstverwaltung nun einmal unvermeidlich gegebenen Bedingungen. In Wahrheit liegt also einer jener Ausnahmefälle vor, die mit dem gewöhnlichen Maßstab nicht gemessen und mit dem gewöhnlichen Richtscheid nicht geschlichtet werden können.

Wenn daher die westpreußischen Abgeordneten in ihrer weitaus großen Mehrheit, wie es bereits die vor alten Ordnung geladen, sich im Provinzialverband für die Trennung ausgesprochen hätten, und wenn sie dies im Einverständnis mit ihren Wahlkörpern jetzt noch erklären, ist die Streitfrage, was man auch sage, gelöst, oder doch die Lösung gesichert.

Die Provinzialordnung schließt folgerichtig jeden Zweig aus. Die Westpreußen zur Selbstverwaltung zwingen kann man nicht. Wenn sie

daher heute darauf verzichten, hat die Selbstverwaltung mit somit der provinziellen Gütergemeinschaft aufgehört. Und der Beweis soll noch erst erbracht werden, daß die Westpreußen schlechter fahren, als jetzt unter der Herrschaft ihrer ostpreußischen Brüder, wenn die Regierungen zu Danzig und Marienwerder ihre bisherige Thätigkeit wieder aufnehmen, wie dies alte Verhältnisse in der Provinz Posen und in den westlichen Provinzen auch noch besteht. Indessen bedarf es dieses letzten Schrittes vorerst noch nicht.

Den Weg zur Abhilfe, bezw. zur Trennung, hat der Herr Minister des Innern in seiner entscheidenden Rede vom 8. April v. J. einfach und klar genug vorgezeichnet. Sie verdient es gelesen zu werden, und man muß sie kennen, wenn man zu einem sicherer Urtheil gelangen will. Er sagte unter Anderem: „Entweder wird das getrennte Wesen, welches bisher zwischen den beiden Theilen bestanden hat, zusammenfließen, man wird sehen, daß die gemeinschaftlichen Fonds und die gemeinschaftliche lebendige Vertretung bewirken, daß das bisherige gegenseitige Abwägen nicht mehr Platz greifen wird, man wird aus einem Topf schöpfen und essen — oder es wird die Unmöglichkeit dieser Gemeinschaft in grellen Farben und mit sehr praktischen Beispiele erläutert hervortreten — und er schließt: dann, glaube ich, wird der Zeitpunkt gekommen sein, die Frage zu entscheiden, und dann wird die Regierung in der Lage sein Ihnen eine entsprechende Vorlage zu machen.“

Ein gewisses Abwäge ist von der wirtschaftlichen Selbstverwaltung niemals zu trennen. Wer in der Communalwirtschaft zu leisten und zu zahlen hat, kann ziemlich genau nachrechnen und finden, was er dafür in Gegenleistung beanspruchen darf. Und weil es vermögen, ist er auch jederzeit bereit, das Exempel zu machen. Ein sehr viel schärferes Abwagen ist aber dann zu erwarten, wenn die Bewohner zweier Regierungsbereiche mehr als 20 Jahre gewohnt waren, gegenüber zweier andern Regierungsbereichen, scharr abzuwagen. Auch unter ganz regelrechten Verhältnissen schon würde viel mehr gezahlt als verwaltet werden. Der erste Landtag hat bereits eine kleine Probe geleistet, und wir haben noch näher aus den Mitteilungen sehr viel von dem Zwist und Streit mit und gegen einander gehört, sehr wenig von den Aufgaben, die zu erfüllen waren und zu erfüllen sind. Wenn nun aber gar aus dem Fonds, der beiden Theilen noch Land und Leuten zugemessen worden ist, 13½ Mill. M. in den Provinzialtopf geschüttet werden, mit der Maßgabe, wie die Abgeordneten behaupten, daß die Ostpreußen stets dreimal — und vielleicht mehr schöpfen dürfen, ehe die Westpreußen einmal an die Reihe kommen — dann ist doch wohl „die Unmöglichkeit dieser Gemeinschaft“ leicht darzuthun.

Der Herr Landesdirektor steht über dem Streit der Parteien. Er braucht Geld, denn alle Welt wird bald von ihm haben wollen, er kann nicht warten, bis und ob überhaupt die Parteien schlüssig werden. Eine Anleihe bietet den bequemsten und schnellsten Ausweg, er schlägt sie vor. Die Herren Vertreter der Stadtkreise, so treulich sie reden können, wollen um jeden Preis Provinzialsteuern vermeiden, obwohl sie nur durch diese, oder genauer ausgedrückt, durch Steuervorschläge zum Abwagen und damit zur Trennung gelangen können. Die westpreußischen Kreise würden, wenn die Trennung überhaupt nur betrieben würde, warten können, für sie liegt ein Bedürfnis zur Geldbeschaffung vorerst nicht vor. Die Anleihebestrebungen dienen mithin nur den Ostpreußen, indem sie die Verbindung befestigen. Das Risiko, welches man betrifft der westpreußischen Landkreise nach erreichter Sonderung läuft, kann nur sehr niedrig veranschlagt werden, die 56 verbündeten Landkreise könnten zu einem Hanseatenfach werden, das schließlich doch nicht durch Anleihen allein zu füllen ist. Die Vertreter der westpreußischen Landkreise haben während der Session versäumt, die Besorgnisse betrifft einer späteren Steuerüberbürdung zu vertreten. Sie sind bisher ohne Initiative gewesen, sie wollen auch nicht abwagen. Und das ist die Gefahr.

Auch heute war die Stimmung bei abweichender Geschäftstätigkeit nichts weniger als fest. Die internationales Speculationswerke festen mit niedrigeren Courien ein und vermittelten eine zeitweise Befestigung nicht für die Danziger zu behaupten. Momentlich schließen österreichische Creditactien mit einer ziemlich erheblichen

Die Abgeordneten der Stadtkreise wollen zuerst die Anleihe und dann mehr oder minder die Trennung, vorausgesetzt, daß sie im Wege diplomatischer Pläne und Versuche zu erreichen ist. Auch hat die Trennung weniger Eile für sie. Die Vertreter der Landkreise scheinen mehr oder minder ähnliches zu wollen. Die Beteiligten wollen vor Allem mit den Ostpreußen abrechnen und abwägen, um die Trennungsfrage spruchreif zu machen. Sie können und wollen nicht warten, weil sie fürchten müssen, daß das hohe und ein wenig zu seine Spiel verloren wird. Es ist zum Theil schon verloren.

Mehr und mehr werden nun die Außenstehenden die Initiative ergreifen. Ob die Kraft des Willens und Willens vorhanden ist, steht dahin. Wenn Westpreußen ein Anhängsel von Ostpreußen bleiben sollte — werden die Westpreußen es verdient haben, von ihren begehrlichen ostpreußischen Brüdern beherrscht zu werden.

Steinbart-Br. Lant.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Bremen, 10. März. Petroleum (Schlußbericht) Standard white loco, vor März und vor April-Mai 11,75 bez. und Käufer vor Sept. 12,50 M. teft. Amsterd. 10. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht) Weizen loco fest, auf Termine unverändert, vor März 277, vor Mai — Roggen loco fest, auf Termine fest, vor März 174, vor Mai 179, vor Juli — Raps vor Frühjahr 370, vor Herbst 384 M. — Rübbel loco 36%, vor Mai 36%, vor Herbst 36%. — Wetter: Schne.

Wien, 10. März. (Schlusscourse.) Papierrente 67,30, Silberrente 70,10, 1854er Loos 106,50, Nationalbank 893,00, Nordbahn 1830, Creditauction 170,90, Franzosen 282,50, Galizier 193,75, Kaschau-Oberberger 115,20, Pardubitzer 129,00, Nordwestbahn 137,50, do. Lit. B. 49,50, London 116,30, Hamburg 56,45, Paris 46,10, Frankfurt 56,45, Amsterdam 96,60, Creditloose 164,50, 1860r Loos 111,00, Lomb. Eisenbahn 108,00, 1864r Loos 133,20, Unionbank 68,75, Anglo-Austria 72,80, Napoleon 9,29, Dukaten 54,44, Silbercoupons 103,00, Elisabethbahn 160,50, Ungarische Prämienuose 74,50, Deutsche Reichsbanknoten 56,95, Türkische Loos 24,25.

London, 10. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen stetig, angelommene Ladungen ruhig, andere Getreidearten fest, aber ruhig. Fremde Züchtern seit gestern Montag: Weizen 8240, Gerste 2180, Hafer 8090 Orts. — Wetter: Gusregen.

London, 10. März. [Schluß-Course.] Consols 94%, 5% Italienische Rente 70,10. Lombarden 9,1%. 3% Lombarden-Prioritäten alle 9%. 3% Lombarden-Prioritäten neue 9%. 5% Russen de 1871 — 5% Russen de 1872 99%. Silber 53%. Türkische Anleihe de 1865 18%. 5% Türken de 1869 21%. 6% Vereinigte Staaten vor 1885 105. 6% Vereinigte Staaten 5% fundierte 105%. Österreichische Silberrente 61,5%. Österreichische Papierrente 59,5%. 6% ungarische Schatzbonds 92. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emision 90. Spanier 184%. 5% Peruani 29. — Wechselnotierungen: Berlin 20,68, Hamburg 3 Mon. 20,68, Frankfurt a. M. 20,68, Wien 11,82, Paris 25,45, Petersburg 30%.

Paris, 10. März. Productenmarkt. Weizen behauptet, vor März 27,25, vor April 27,75, vor Mai-Juni 28,25, vor Mai-August 28,50, Weizl fest, vor März 58,50, vor April 59,25, vor Mai-Juni 60,25, vor Mai-August 61,50, Rübbel weich, vor März 80,00, vor April 79,50, vor Mai-August 77,50, vor September-Dezember 50,50. Spiritus behauptet, vor März 46,00, vor Mai-August 47,75.

Productenmärkte.

Königsberg, 10. März. (v. Portatius & Grothe) Weizen vor 1000 Kilo hochwert 127,196,50, 129,50 196,50, 130/140 200, 202,25, 132,75 197,75 M. bez., bunter 128,97 194 M. bez., rother 131,75 190,50, 132/133 193, russ. 115,75 1'0,50, 120,75 157,75 M. bez. Roggen vor 1000 Kilo inlandischer 122,37 135, 124/125 137,50, 125/126 140, 126/127 141,25, 129,75 M. bez., fremder 118,97 131,50 M. bez., Frühjahr 1876 135 M. Br., 133,25 M. Gd. — Hafer vor 1000 Kilo loco 150, 156 M. bez., Frühjahr 158 M. Br., 154 M. Gd. — Erbsen vor 1000 Kilo weiße 151 M. bez. — Bohnen vor 1000 Kilo 171 M. bez. — do. Et. Br. vor 1000 Kilo 77 M. bez. — Widen vor 1000 Kilo 222,25 M. bez. — Kleeraat vor 100 Kilo rothe 63, 64% M. bez., weiße 87, 96 M. bez. Spiritus vor 10000 Liter M. bez. ohne Fab. vor Posten von 5000 Liter und darüber loco 46,4% M. bez., März 44,4% M. Br., 46 M. Gd. — März-April 46,4% M. Br., 46% M. Gd. — Frühjahr 46,4% M. bez., Mai-Juni 47,4% M. Br., 47 M. Gd., Juni 48% M. Br., 48 M. Gd., Juli 50 M. Br., 49,2% M. Gd., August 50% M. bez., September 51,4% M. Br., 50% M. Gd.

Berlin, 8. März. (Orig.-Ber. der Bank- und Handels-Ztg. von Leoold Hader.) Kupfer. Höchster Preis für englische Marken 88,50—90 M. — 50 Kilogr. Mansfelder Raffinade 91,50 M. — 50 Kilogr. Cassa ab Hütte. Detail-Preise 3—4 M. höher. — Bruchkupfer. Je nach Qualität 74—80 M. — 50 Kilogr. loco. — Bancazinn 91—93 M. — 50 Kilogr. Prima Lammzinn 83—85 M. — 50 Kilogr. Secunda Lammzinn 75 M. — Zinf. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 24,75—25 M. geringere Marken 24—25,50 M. — 50 Kilogr. — In London 25 £ los. Hier am Platz erfrete 26,50—27,50 M. leichtere 26—26,50 M. — 50 Kilogr. Im Detail verhältnismäßig höher. — Bruch-Zinf 16—17 M. loco. — Blei. Tarnowitzer, sowie vor der Paulshütte, G. v. Giesche's Erben ab Hütte 21,25—21,75 M. — 50 Kilogr. Caffe. Loco 23—24 M. Harzer und Sächsisches 24 bis 25,00 M. Spanisches Rein und Co. 26,50—27 M. — Bruch-Blei 19—19,50 M. — 50 Kilogr. — Roteisen. Höchste Lagerpreise für gute und beste schottische Marken 4,90—5,25 M. Engl. Roteisen 3,70 bis 4,00 M. — 50 Kilogr. Überschle. Coats-Roteisen 3,10 bis 3,30 M. Giesche-Roteisen 3,25—3,50 M. — 50 Kilogr. Graues Holzholz-Roteisen 4,80—5 M. weiß. Holzholz-Roteisen 3,70—4 M. — 50 Kilogr. ab Hütte. — Bruch-Giesen 4,30—4,50 M. — Stabeisen. Gewalztes 7—7,50 M. — 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 12,50—17 M. loco — 50 Kilogr. je nach Dimensionen. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken geschlagene 6,00—6,50 M. zum Verkauf 4,80—4,60 M. — Engl. Rote- und Schmiedekohlen hier bis 80 M. Coals 70—75 M. — 40 Hectol. Schlesischer und Westfälischer Schmelz-Coals 1,40—1,75 M. — 50 Kilogramm loco hier.

Eisen, Kohlen und Metalle Berlin, 8. März. (Orig.-Ber. der Bank- und Handels-Ztg. von Leoold Hader.) Kupfer. Höchster Preis für englische Marken 88,50—90 M. — 50 Kilogr. Mansfelder Raffinade 91,50 M. — 50 Kilogr. Cassa ab Hütte. Detail-Preise 3—4 M. höher. — Bruchkupfer. Je nach Qualität 74—80 M. — 50 Kilogr. loco. — Bancazinn 91—93 M. — 50 Kilogr. Prima Lammzinn 83—85 M. — 50 Kilogramm. Secunda Lammzinn 75 M. — Zinf. In Breslau W. H. von Giesche's Erben 24,75—25 M. geringere Marken 24—25,50 M. — 50 Kilogr. — Oberschle. Coats-Roteisen 3,10 bis 3,30 M. Giesche-Roteisen 3,25—3,50 M. — 50 Kilogr. Graues Holzholz-Roteisen 4,80—5 M. weiß. Holzholz-Roteisen 3,70—4 M. — 50 Kilogr. ab Hütte. — Bruch-Giesen 4,30—4,50 M. — Stabeisen. Gewalztes 7—7,50 M. — 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 12,50—17 M. loco — 50 Kilogr. je nach Dimensionen. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken geschlagene 6,00—6,50 M. zum Verkauf 4,80—4,60 M. — Engl. Rote- und Schmiedekohlen hier bis 80 M. Coals 70—75 M. — 40 Hectol. Schlesischer und Westfälischer Schmelz-Coals 1,40—1,75 M. — 50 Kilogramm loco hier.

Berliner Fondsbörse vom 10. März 1876.

1860er Loos in dieser Hinsicht vorzugsweise zu erwähnen. Amerikaner zeigten sich zu letzter Notiz recht belebt. Anleihen niedriger, dagegen behaupteten sich die anderen und von diesen ganz besonders 1870er Anleihen in bisheriger Festigkeit. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelaubt. Prioritäten still, zum Teil mit der Beteiligung der Staate garantiiert.

größeren Theil sogar angeboten. Auf dem Eisenbahn-actienmarkt seften sich die Realisationsverkäufe fort und erfuhr fast das gesamte Courroisneau dieser Werke eine Herabsetzung. Leichte Bahnen hielten sich etwas besser; Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Coursredaction. Franzosen und Lombarden bewegten sich in besserer Tendenz. Österreichische Nebenbanken blieben still. Gedenk ging in loalen Speculationspapieren wenig um. Ausländische Staatsanleihen waren in Folge der weichenden Silberpreise stark angeboten und notierten fast sämtlich niedriger. Wiederum sind

die 1860er Loos in dieser Hinsicht vorzugsweise zu erwähnen.

Amerikaner zeigten sich zu letzter Notiz recht belebt.

Anleihen niedriger, dagegen behaupteten sich die anderen und von diesen ganz besonders 1870er Anleihen in bisheriger Festigkeit.

Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelaubt.

Prioritäten still, zum Teil mit der Beteiligung der Staate garantiiert.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Bankactien ruhiger. Industriepapiere fest und zum Theil belebt. Montanwerthe matt.

Nothwendige Subhastation.
Das der Frau Mary Ann Strauss-
berg gehörige in der Postdienststrasse,
Siegelwerder, Neustädterfeld be-
legene, im Hypothekenbuch unter Elbing X.
Nr. 47 verzeichnete Grundstück (Waggons-
fabrik), soll

am 16. Mai 1876.

Vormittags 10 Uhr,
an der Gerichtsstelle, Zimmer No. 12, im
Wege der Zwangsvollstreckung versteigert
und das Urtheil über die Ertheilung des
Buchlags,

am 18. Mai er.

Mittags 12 Uhr,
ebenda verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der ver-
Grundsteuer unterliegenden Flächen des
Grundstücks 14 Hektar 62 Are 30 Meter,
der Reinertrag, nach welchem das Grund-
stück zur Grundsteuer verurteilt worden:
422 M. 16 S.; Nutzungswert, nach wel-
chem das Grundstück zur Gebäudesteuer
verurteilt worden: 32,625 M.

Der das Grundstück betreffende Auszug
aus der Steuerrolle, Hypothekenchein und
andere dafüre angehörende Nachweisen
können in unserem Geschäftslöchle Num-
mer No. 29 eingesehen werden.

Alle Dienjenigen, welche Eigentum oder
anderweise, zur Wirklichkeit gegen Dritte
der Eintragung in das Hypothekenbuch be-
dürfende, aber nicht eingetragene Rechte
geltend zu machen haben, werden hierdurch
aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der
Präclusion spätestens im Versteigerungs-
Termin anzumelden.

Elbing, den 4. März 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (7752)

Specialarzt Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstrasse 91,
heilt auch brieftlich Syphilis, Geschlechts-,
Frauen- u. Hautkrankheiten, selbst in den
barthaften Fällen, mit stets sicherem und
schnellem Erfolge. (257)

Schmerzlose Bahnoperationen, Blombixen
mit Gold ic., Einsegen künstlicher Bähne.
C. Knielow, Heiligegeistgasse 25.
Sprechst. von Mora. 9 bis Nachm. 4 Uhr.

Großer

Ausverkauf

von
echt. Sammet, reinseidenen
und wollenen Kleiderstoffen
in allen Farben,
sowie
gewirkten franz. Long-
Shawls.

Nur 2 Tage
im Gewerbehause,
Heiligegeistgasse No. 82.

Dienstag und Mittwoch, den 14. u.
15. März er., verkaufe ich für Rednung
bedeutende Fabrikanten vorgenannte Artikel
zu erstaunlich billigen Preisen und hoffe
ich, daß jeder der mich beeindruckt mein
Geschäftslöchle befriedigt verlassen wird.

Das Lager besteht nur aus reellen und
guten Sachen und wird für Echtheit Ga-
rantie geleistet.

Seiden- und Wollen-Waaren-
Manufactur, Berlin.
Vertreter:
H. Aronheim.

Bur Feld- und Wiesendüngung
halten wir unsere
präparativen

Kali-Düngemittel
(mit garantiertem Kaligehalt)
bestens empfohlen; ferner offerieren

Leopoldshall

Kainit
(Rohprodukt aus hiesigem Salzwerte)
bei Entnahme von Wagenladungen
zum Salinenpreise (d. i. 1 Mark =
10 Gr. per Centner).

Vereinigte chem. Fabriken
in Leopoldshall-Stassfurt.

*) Special-Breiscurant mit Frach-
tarif, sowie Broschüren über Anwen-
dung versenden franco.

Auf dem Gute Mellwin
(Kr. Neustadt) sind circa
300—400 Morgen

Buchenwald
u. mehrere Schok Fel-
gen verlässlich.

Robau bei Neustadt (Westpr.).
7747 v. Zelewski, Gutsherr.

Hochstämmige Rosen
in 120 der best. remontirenden Sorten
offerirt billigst

Blendowski,
Neuschottland 7.

Allee-Bäume.

Ehren, Linden, Eschen u. Kastanien ic.
zur Anpflanzung an Chausseen, Promenaden
Parks u. Feldwegen in kräftigen Hochstämmen,
sowie Bier- und Heckensträucher ic. empf.
A. Hummeler in Elbing.

Alle Gussstahl-

schielen

zu Bauzwecken, 5" im Profil, in Längen
bis 21', offerirt billigst

W. D. Loeschmann,

Kohlenmarkt 3—6.

Zur Schulprüfung

für die grössten und kleinsten Knaben

Aßjüge & Ueberzieher

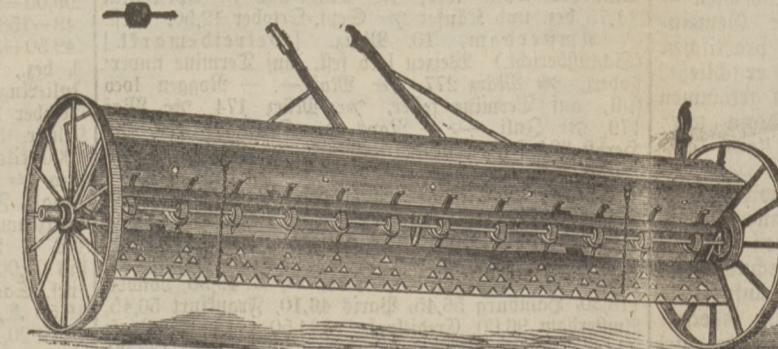
in wie bekannt nur guten Stoffen, sauberer Arbeit,
neuesten Fäasons und grösster Auswahl zu billigen,
ganz festen Preisen, empfiehlt

Math. Tauch,

28. Langgasse 28.

Zur Frühjahrsbestellung.

Thorner Universal- und Klee-Säemaschinen,



Drill-Maschinen, ächt Coleman'sche
Original-Cultivatoren und Düngerstreuer

hält auf Lager und empfiehlt

A. P. Muscate,

Danzig und Dirschau.

Korb's Hotel,

Danzig, Holzmarkt No. 12.

Hotel ersten Ranges, neu und comfortable eingerichtet, hält sich dem rei-
senden Publikum bestens empfohlen.

Danzig, im Februar 1876.

Adolph Korb.

Ausverkauf von Regenschirmen
in Seide und Wolle zu sehr billigen Preisen.

Joh. Rieser, Gr. Wollwebergasse No. 3.

Buchholz-Zahnstocher

à Mille 50 und 75 S. empfiehlt den Herren Hoteliers und Restaurateuren als
sehr preiswerth

(7470) Richard Lenz, Brodbänkengasse No. 48,
vis-a-vis der Gr. Krämergasse.



Sämtliche Neuheiten für
die Saison sind in großer Aus-
wahl am Lager und empfehle
dieselben meinen werthen Kunden zur ge-
fälligen Ansicht und Wahl.

Robert Upleger,

Hut-Fabrikant, Langgasse 40.

**August sollst mal 'runter
komm'n!**

Posta von Kühne. 80 Pf. Musicalienhandlung
von Alex. Goll,
Gr. Gerbergasse 10.

Leihbibliothek,
A. S. Conwentz,
Franzenasse 3.

Stets versehen mit den neuesten Werken.

Englisch Zinn
in Blöden,
Blei in Mulden,

sowie

Zink in Platten
offiziell billigst die Metallwaren
9942 S. A. Hooch, Abba u. Biegasse 29.

Gold und Silber jedes Quantum kaufen
G. Seeger,
Goldschmiedegasse 21.

Ein herrschaftl. Haus
mit 6 Wohnzimmern nahe b. Danzig
großer Obst- und Gemüsegarten, Eta-
lung für Pferde und Wagengeschäf-
tigkeiten, sowie ein kleines Haus mit 2 Wohn-
zimmern soll zusammen für den Preis
von 6000 Thlr. bei 2500 Thlr. An-
zahlung verkauft werden.

Näheres halbe Allee No. 6.

Beachtenswerth!

Nach beendet Parzellierung eines Ritter-
guts von 2000 Mrg. in Westpr. in eine Acker-
parzelle von 400 Mrg., das Gehöft begrenzt,
mild. Geb. nebst neuem 2etag. mass. Wohn-
haus mit Inventarium neuer maß. Stellung
und Wirtschaftsgebäude ic., einschl. 150 Schafe
ist das nötige lebende Inventar vorhanden,
dagegen aber das ganze tote Inventar und
Maschinerien vom früheren Gutssareal dem
Besitzer verblieben, sofort bei 3.000 R. Hypo-
thekenlast, für den jährlichen Preis von 18000 R.
bei 5 bis 6000 R. Anzahlung zu verkaufen,
event. auch gegen ein Haus in der Stadt zu
vertauschen.

G. Redecker,
Altst. Graben 21.

Eine wenig gebrauchte Edertsche
Drillmaschine

ist billig zu verkaufen.

Schule in Gr. Teichendorf b. Alt-Christburg.

Billigen Lagerraum

für trockene Güter, begnugt für Wasser- u.

Landabfuhr, empfehlen

Petze & Co.,

Langgasse 30.

Zu Gartenanlagen

empfiehlt sich Blendowski, N. schottland 7.

Einige hundre Centner prima

Braunmalz sind noch abzu-

geben Beide gasse 8.

Eine gut erhaltene

Locomobile,

8 bis 10 Pferdekraft, wird zu kaufen gesucht.

Adr. werden in der Exp. dieser Bieg. unter

7750 erbettet.

Ca. 400 St. eichene Brack-

sleeper u. ein Post-n $\frac{3}{4}$ "

Schaaldeilen sind zu verkaufen.

bei **A. W. Conwentz,**

Speicher-Insel, Hopfengasse No. 91.

In einer kleinen gebildeten Familie finden

zu Ostern zwei Schülerinnen freund-
liche Aufnahme.

Auch wird Nachhilfe in weiblichen Arbeiten ertheilt.

Nähere Auskunft wird ertheilt.

Adr. werden in der Exp. dieser Bieg. unter

7832 erbettet.

Ein junges Mädchen,
mit allen photographischen Arbeiten vertraut,
sucht von jogleich als Copistin ic. Stellung
in einem photographischen Atelier. Adr. w.
in d. Exp. dieser Bieg. u. 7821 erbettet.

Ein tüchtiger Wirthshafter zum
1. April gesucht. Meldungen nimmt die
Exp. dieser Bieg. unter 7814 entgegen.

Ein erl. u. zw. Kindermädchen w. a. tücht.

Röckchen empf. d. Gr. B. Kohlenn. 80.

Ein freundliches Zimmer wenn es gewünscht
wird mit Befestigung und Benutzung eines
Pianofortes ist an einen anständigen Herrn
zu vermieten.

Gef. Anmeldungen unter Nr. 7845 in der

Danz. Bieg. erbettet.

Heiligegeistgasse Nr. 73
ist das Comptoirzimmer mit Kabinet
und Keller vom 1. April er. ab zu
vermieten.

Nähe des Mengarten 2, Hof 1 Tr.

**Eine herrschaftliche
Wohnung von vier
Zimmern, Entré, heller
Küche, Boden, Keller,
Wasserleitung u. Cana-
lisation ist Langgasse
Nr. 20 zu verm.**

Zubesehen von II bis 1 Uhr
Mittags.

Ein gut gelegener Unterraum
zur Lagerung trock. Waaren
wird gesucht. Adr. w. erbettet

Brodbänkeng. 13, im Comtoir.

In Täschenthal habe ich 2 große und
1 kleine Wohnung zu vermieten. Nä-
he Fischmarkt 16 bei Otto Reßlaff.

**Frische
Kieler Sprotten,
Strassburger
Gänseleber-Pasteten,
Trüffel-Leberwürste,
Gothaer Cervelatwürste,
verschiedene französische**

Käse-Sorten

empfiehlt

J. G. Amort,

Langgasse 4.

Berantwortlicher Redakteur S. Ködener

Druck und Verlag von A. W. Kastman

Danzig.